

Bundesbeschluss über Bauvorhaben, Grundstücks- und Liegenschaftserwerb der Sparte Zivil
Arrêté fédéral concernant les projets de constructions et l'acquisition de terrains et d'immeubles du secteur civil

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Kaufmann

Abs. 1

.... ein Verpflichtungskredit von 301 400 000 Franken

Abs. 2

.... Betrag von 156 400 000 Franken untersteht

Art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Kaufmann

Al. 1

Un crédit d'engagement de 301 400 000 francs

Al. 2

.... crédit d'engagement de 156 400 000 francs

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 94 Stimmen

Für den Antrag Kaufmann 36 Stimmen

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 113 Stimmen

Dagegen 21 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 01.037/1725)

Für Annahme des Entwurfes 115 Stimmen

Dagegen 6 Stimmen

Die Sitzung wird von 19.20 Uhr bis 20.05 Uhr unterbrochen
La séance est interrompue de 19 h 20 à 20 h 05

01.046

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2002
Budget de la Confédération 2002

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 28.09.01

Message du Conseil fédéral 28.09.01

Bestellung: EDMZ, 3003 Bern/Commande: OCFIM, 3003 Berne

Ständerat/Conseil des Etats 27.11.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 27.11.01 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 03.12.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 04.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 05.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 05.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 10.12.01 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.12.01 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.01 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.12.01 (Differenzen – Divergences)

01.047

Voranschlag 2001. Nachtrag II
Budget 2001. Supplément II

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 28.09.01

Message du Conseil fédéral 28.09.01

Bestellung: EDMZ, 3003 Bern/Commande: OCFIM, 3003 Berne

Ständerat/Conseil des Etats 27.11.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.01 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 03.12.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.12.01 (Fortsetzung – Suite)

01.048

Finanzplan 2003–2005
Plan financier 2003–2005

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht des Bundesrates 28.09.01

Rapport du Conseil fédéral 28.09.01

Bestellung: EDMZ, 3003 Bern/Commande: OCFIM, 3003 Berne

Ständerat/Conseil des Etats 28.11.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 03.12.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.12.01 (Fortsetzung – Suite)

Antrag der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei

Rückweisung des Voranschlages (01.046) an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Ausgaben um 800 Millionen Franken zu reduzieren.

Antrag Rechsteiner-Basel

Rückweisung des Voranschlages (01.046) an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Ausgaben des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport auf die neue Bedrohungslage («11. September») auszurichten, namentlich auf eine rasche Schliessung aller Atomanlagen, inklusive unterirdische Verbringung der radioaktiven Risikosubstanzen.

Proposition du groupe de l'Union démocratique du centre
 Renvoi du budget (01.046) au Conseil fédéral
 avec mandat de réduire les dépenses de 800 millions de francs.

Proposition Rechsteiner-Basel

Renvoi du budget (01.046) au Conseil fédéral
 avec mandat d'adapter les dépenses du Département de la défense, de la protection de la population et des sports pour tenir compte des nouvelles menaces (suite aux attaques du 11 septembre dernier). Il s'agit en particulier de fermer rapidement toutes les installations nucléaires, et de renoncer au stockage en sous-sol de substances radio-actives.

Widrig Hans Werner (C, SG), für die Kommission: Wir sind bald am Ende eines Jahres, in dem unser Finanzminister beinahe jeden Tag einen mit Konstanz nach unten weisenden neuen Kassenstand verkünden muss. Es gibt zwei Gründe, die zu dieser unerfreulichen Schulden- oder Defizitexplosion führen:

1. Dies sind die Einflüsse von aussen – ich nenne dazu die Stichworte Swissair und Börsenflaute – und der damit zusammenhängende Einbruch der Erträge der Verrechnungssteuer.

2. Im Innern, bei uns selber, ist es das Fehlen der Ausgabendisziplin. Obwohl die Einnahmenquote des Bundes von 9,4 Prozent im Jahre 1993 auf 11,6 Prozent im Jahr 2001 zugenommen hat, ist es uns trotz guter Wirtschaftslage nicht gelungen, Schulden abzubauen – im Gegenteil. Sorgenkind bleibt die Erfolgsrechnung: Sie schliesst mit einem Aufwandsüberschuss von 3,46 Milliarden Franken ab. Grund ist die Abschreibung anlässlich der Sanierung der Pensionskassen von Bund und SBB und neu auch von der Post, deren Fehlbetrag der Bund ebenfalls übernehmen wird.

In der Bibel heisst es, dass man in den fetten Jahren sparen solle, damit man in den mageren Jahren etwas habe. Wir haben in den vergangenen drei Jahren nicht nach dieser Bibelweisheit gelebt. Zwar haben wir durch das «Haushaltziel 2001» unser strukturelles Haushaltdefizit verringert, aber wir haben keine Schulden abgebaut. Wir haben nicht nur keine Schulden abgebaut, sondern werden sie mit dem Voranschlag 2002 noch erhöhen müssen: Sie erreichen jetzt den Betrag von 108 Milliarden Franken; der Finanzplan sieht für das Jahr 2003 Schulden von 110 Milliarden Franken und für 2004 und 2005 je 111 Milliarden Franken Schulden vor. Immerhin soll die Schuldensumme aber gemäss Planung von 24 Prozent im Jahre 2002 auf 23 Prozent im Jahre 2005 sinken. Im Voranschlag 2002 belaufen sich die Ausgaben auf einen Anteil von 11,7 Prozent und die Einnahmen auf einen Anteil von 11,8 Prozent am Bruttoinlandprodukt, und die Passivzinsen belaufen sich auf 7,7 Prozent der Ausgaben.

Der Souverän hat am Sonntag das Instrument der Schuldendremse angenommen, die für den Start einen ausgeglichenen Haushalt voraussetzt. Wir starten aber schon mit Rückstand. Wir werden es uns künftig nicht mehr erlauben können, ständig unausgeglichene Haushalte zu präsentieren. Die Konsequenz wäre die Anlage eines Revisionsbudgets, die Korrektur oder die Aufhebung unserer eigenen Beschlüsse. Die Nichtbeachtung von Artikel 42bis der alten Bundesverfassung, der seit 1959 an sich einen ausgeglichenen Haushalt vorgeschrieben hat, darf sich nicht wiederholen, sonst nehmen wir in Kauf, dass wir unsere finanzpolitische Glaubwürdigkeit völlig verlieren – dies umso mehr, nachdem feststeht, dass wir das im Jahr 1998 vom Volk angenommene Haushaltziel verfehlt werden.

Wir werden das «Haushaltziel 2001» nicht erreichen, und die Gründe sind keineswegs zu geringe Einnahmen, sondern Ausgabensteigerungen, die weit über der Teuerung und weit über dem Wachstum der Wirtschaft liegen. Die Finanzkommission des Nationalrates hat im Voranschlag 2002 Kürzungen von rund 280 Millionen Franken vorgenommen; das sind etwa 0,5 Prozent des Gesamtbudgets. Ich werde bei den einzelnen Departementen darauf eingehen. Aber alle 25 «Fleisskerlchen» der Finanzkommission vermögen

nichts gegenüber 200 Ratsmitgliedern und auch gegenüber dem Ständerat, wenn Sie jeweils in Sachgeschäften noch über die Anträge des Bundesrates hinausgehen. Schauen Sie auf Seite 34 des Finanzplanes; hier allein finden Sie aufgelistete Ausgaben in der Grössenordnung von 4 Milliarden Franken, die über die Vorgaben des Bundesrates hinausgehen – Sozialwesen, Bildungswesen, Schulen usw. A propos Schulen und Zukunft: Dankbar für unsere Ausgabendisziplin ist gerade unsere Jugend, die nächste Generation. Denn keiner zahlt gerne Rechnungen für Sachen, die er vielleicht gar nicht einkaufen wollte und von denen wir als Besteller schon den grössten Teil selber konsumiert haben.

Der Voranschlag 2002 kann auch deshalb nicht befriedigen, weil eine Darlehensrückzahlung von 1,2 Milliarden Franken aus der Arbeitslosenversicherung das Bild beschönigt. Sie gehen mit mir einig, dass aus diesen Rückzahlungen auf Dauer keine Ausgaben finanziert werden können; wahrscheinlich ist das auch ein Grund für die beiden Rückweisungsanträge.

Wir sind jedoch mehrheitlich der Auffassung, auf den Voranschlag 2002 sei einzutreten. Unsere Hauptanstrengungen müssen sich mittelfristig auf den Finanzplan 2003–2005 konzentrieren, damit die nächste Generation überhaupt noch einen Handlungsspielraum hat. Deshalb haben wir eine entsprechende Motion überwiesen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss, auf die Situation vor und nach unserem Swissair-Engagement einzugehen. Sie haben am 16./17. November 2001 den Anträgen des Bundesrates zugestimmt, womit Sie den kleinen Überschuss des Voranschlages 2002 in ein Budgetdefizit verwandelt haben. Nach den Beschlüssen des Ständerates von letzter Woche sind es rund 500 Millionen Franken.

Erstens zur Situation vor der Swissair-Finanzhilfe: Das vom Bundesrat präsentierte Budget der Eidgenossenschaft bezifferte sich auf 50,599 Milliarden Franken Ausgaben und 50,955 Milliarden Einnahmen – deshalb der Überschuss von 365 Millionen Franken. Wir haben erstmals mit dem Budget die 50-Milliarden-Grenze überschritten. Die geplanten Ausgaben wären mit diesem Voranschlag um 3,5 Prozent gestiegen, die Einnahmen um 4,2 Prozent. Aber dieses Ergebnis ist eben bereits Makulatur.

Zweitens zur Situation nach der Swissair-Finanzhilfe: Die Mehrheit der beiden Räte hat am 16./17. November 2001 für die Zivilluftfahrt rund 2 Milliarden Franken bewilligt, wovon für das Budget 2002 ein Betrag von 820 Millionen Franken anfällt, nämlich die beim Bazl eingestellten 400 Millionen Franken für die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes und die 420 Millionen Franken für die Kapitalbeteiligung an Fluggesellschaften bei der Position 803.4200.003. Unter Einbezug dieser Beschlüsse weist der Bundeshaushalt nach der Beratung in der Kleinen Kammer ein Defizit von rund 500 Millionen Franken auf. Das ist die Ausgangslage, mit der wir als Zweitrat in die Budgetberatung einsteigen.

Eintreten ist obligatorisch. Wie ich gesehen habe, liegen nun aber zwei Rückweisungsanträge vor. In der Kommission selber sind keine Rückweisungsanträge gestellt worden; deshalb kann ich davon ausgehen, dass die Kommissionsmehrheit beide Rückweisungsanträge nicht genehmigen würde. Der Rückweisungsantrag Rechsteiner-Basel betrifft das VBS. Ich denke, diese Debatte führen wir dann bei der «Armee XXI».

Zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion, der zusätzliche Kürzungen von 800 Millionen Franken vorsieht: Der Bundesrat hat knapp budgetiert, und die Finanzkommission ist mit zusätzlichen Kürzungen von 280 Millionen Franken bis an die Grenze des Möglichen gegangen.

Zusammenfassend bitte ich Sie, die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Sandoz Marcel (R, VD), pour la commission: Je dois dire que ce n'est pas désagréable de parler dans une salle à peu près vide. On n'a pas la gêne du bruit de fond habituel!

Cet automne, la Commission des finances s'apprête à vous présenter un budget 2002 équilibré, un supplément au bud-



get normal, garantissant un compte d'Etat 2001 bénéficiaire et un plan financier 2003–2005 équilibré à terme. Des événements tragiques ont tout changé. Vous avez décidé d'injecter en urgence 2,1 milliards de francs dans la débâcle de Swissair. Maintenant, la commission doit vous présenter un budget 2002 déficitaire, un supplément au budget extraordinaire qui ne garantit plus qu'avec peine un compte d'Etat équilibré et un plan financier 2003–2005 devenu inquiétant. Mais reprenons les messages qui nous sont soumis avant le drame et ses conséquences financières. Tel qu'il nous est présenté dans le message, le budget prévoit au compte financier des dépenses pour 50,6 milliards de francs ou 3,5 pour cent en plus par rapport à l'année précédente, des recettes pour 50,95 milliards de francs ou 4,2 pour cent en plus par rapport à l'année précédente, et un excédent de recettes de 356 millions de francs, soit 340 millions de francs de mieux qu'en 2001. Le compte de résultats qui s'apparente au compte de fonctionnement des cantons et au compte de pertes et profits des entreprises accuse un excédent de charges de 3,46 milliards de francs.

Les chiffres-clés sont les suivants: les dépenses représentent 11,7 pour cent du produit intérieur brut, ce qui est stable par rapport à 2001; les recettes atteignent 11,8 pour cent du produit intérieur brut – elles sont en augmentation par rapport à l'année précédente – et les intérêts passifs restent très élevés par rapport aux dépenses – ils atteignent un taux de 7,7 pour cent contre 8 pour cent en 2001. Enfin, le solde financier est de 0,1 pour cent contre 0 pour cent en 2001. Le budget est établi sur les indicateurs économiques suivants: croissance de 3,5 pour cent du produit intérieur brut en terme nominal, avec un renchérissement de 1,75 pour cent. Dans les grandes lignes, donc, le budget en l'état devrait être équilibré pour la troisième année consécutive, grâce à la discipline de l'administration, d'une part, mais grâce aussi à une conjoncture ayant retrouvé une santé aujourd'hui fragilisée par les événements tragiques récents. Mais il ne faut pas se leurrer, le budget tel que présenté par le Conseil fédéral est insatisfaisant, même en regard du frein à l'endettement que viennent d'approver le peuple et les cantons.

Dans le message, le Conseil fédéral lui-même souligne que, selon le frein à l'endettement, «les dépenses devraient croître au même rythme que l'économie. Avec un taux de croissance des dépenses de 3,5 pour cent, les exigences liées à ce principe sont remplies de justesse. Vu sous l'angle d'une politique durable, le problème est toutefois que les dépenses continuent de croître alors qu'elles ont déjà atteint un niveau trop élevé» (ch. 11). Ce n'est pas la Commission des finances qui le dit, mais bien le Conseil fédéral. La Commission des finances souligne cet état de fait et partage parfaitement l'avis du Conseil fédéral.

Malheureusement, je dois constater trois choses:

1. Le souci d'économiser n'est que momentané chez chacun d'entre nous; il apparaît au moment de la discussion sur le budget pour disparaître immédiatement après lors du prochain vote de dépenses sur un objet qui nous est cher.
2. La réalisation effective d'une économie sur un poste du budget soulève une incroyable levée de boucliers de la part de tous ceux qui, d'une manière ou d'une autre, bénéficient des aides de la Confédération, même et surtout de ceux qui sont les plus ardents défenseurs du libéralisme et de la privatisation.
3. Chacun est prêt à faire, et sans réserve, des économies, à la condition expresse que cela ne le touche pas.

La conclusion est simple: on l'a vu, à part la technique de la tondeuse à gazon dont personne ne veut parce qu'elle tond uniformément chez chacun, il ne nous reste plus qu'à modifier l'arsenal législatif par une confrontation politique, ce qui promet de belles empoignades en perspective.

L'application du frein à l'endettement, que le peuple vient d'accepter ce week-end, nous aurait obligés à réaliser 1 milliard de francs d'économies, soit quatre fois plus que l'objectif que s'est fixé la commission. Il sera donc intéressant de voir comment nous allons réussir, lorsqu'on sait qu'une économie de 30 millions de francs sur l'aide à la presse a sus-

cité un tollé dont nous aurons certainement encore l'occasion d'avoir un succédané lors de l'examen de détail. Cela laisse songeur.

Je vous épargne la lecture détaillée des chiffres par groupes de tâches. Selon le classement des dépenses par nature, qui montre le type de dépenses opérées par la Confédération, on distingue les dépenses courantes ou de consommation qui représentent 89 pour cent du budget et les dépenses d'investissement qui représentent 11 pour cent du budget. Contrairement à ce qui se passe dans les cantons, les dépenses d'investissement ne représentent qu'une faible part des dépenses totales, mais elles sont en légère augmentation par rapport à l'an 2001 – plus 3,6 pour cent. Les transferts constituent la plus grande partie des dépenses. La classification des dépenses suivant les groupes par nature montre que la Confédération transfère 37,1 milliards de francs ou 73,3 pour cent de dépenses à des tiers. Les positions «Transferts» sont les parts de tiers et de participations à des investissements. Les principaux destinataires sont les assurances sociales, les cantons, les entreprises publiques telles que les chemins de fer privés, les CFF, les établissements de la Confédération comme les écoles polytechniques fédérales. Dans les recettes, par rapport à l'année en cours, abstraction faite des recettes attendues de la mise aux enchères des licences UMTS, le budget de l'an 2002 prévoit une croissance de recettes réelle de 2 pour cent.

La croissance, en termes nominaux, s'élève à 2 milliards de francs, et le budget s'établit à 51 milliards de francs. Cette évolution tient à l'amélioration économique et à la progression des recettes fiscales qui en découlent.

D'un autre côté, divers facteurs, comme l'exonération ciblée du droit de négociation frappant les transactions sur les titres, ainsi que le passage de la majorité des cantons à la taxation annuelle post numerando des personnes physiques, se traduisent par une diminution des recettes.

En résumé, c'est ainsi que l'impôt fédéral direct rapportera 12,5 milliards de francs, soit 0,95 milliard de francs de plus que l'année dernière; que la TVA rapportera 17,6 milliards de francs, soit un milliard de francs de plus; la taxe routière 920 millions de francs, soit 72 millions de francs de plus; l'impôt anticipé 3,7 milliards de francs, soit 519 millions de francs de plus; en revanche, les droits de timbre diminuent de 100 millions de francs pour passer à 3,55 milliards de francs.

Les crédits d'engagements pour un montant total de 2,2 milliards de francs sont sollicités par la voie du budget 2002. Ils concernent principalement des acquisitions militaires; environ la moitié de ces crédits entraînent des paiements en l'an 2002.

Eu égard à la gestion budgétaire basée sur le moyen terme, l'examen des crédits d'engagements revêt une importance très grande, parce qu'il obérera non seulement le budget à voter, mais également les budgets futurs.

La commission a délibéré et d'emblée elle a estimé que la croissance des dépenses de 3,5 pour cent était trop élevée pour une période de haute conjoncture. La grande majorité de la commission a décidé de se donner pour objectif une réduction de 250 millions de francs des dépenses, soit 0,5 pour cent. Elle y est parvenue, même si certaines réductions ressemblent davantage à des corrections de crédit qu'à de véritables économies. Vous pouvez le constater sur le dépliant, la commission a réalisé 286,6 millions d'économies en chiffres nets. Je dis nets, car elle a dû compenser des augmentations de crédits pour 150,6 millions de francs, crédit Swissair non compris bien évidemment.

Par le détail, vous constaterez que la commission ne vous propose aucune modification concernant les autorités et tribunaux ainsi qu'au Département fédéral des affaires étrangères. Vous serez cependant appelés à voter sur une proposition de minorité pour l'augmentation de l'aide au développement.

Au Département fédéral de l'intérieur, on constate une augmentation de 32 millions de francs pour les universités cantonales, conformément à la motion Plattner, mais également une réduction de 185 millions de francs au titre de presta-

tions sociales et de la recherche fondamentale, dans ce dernier cas du fait du renvoi de l'entrée en vigueur des accords bilatéraux.

Au Département fédéral de justice et police, aucune modification n'est proposée, hormis une permutation de crédit.

Sous la pression de la commission, le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports a fait un sacrifice de 35 millions de francs accepté par tous. Le Département fédéral des finances nous a «offert» 150,4 millions de francs correspondant pour l'essentiel à une réduction de 2,8 à 2,3 pour cent de l'évaluation du renchérissement offert au personnel.

Une minorité de la commission vous proposera d'aller plus loin dans le sens d'une réduction du renchérissement à 2 pour cent, ce qui entraînerait une économie de 220 millions de francs. Le Département fédéral de l'économie n'est pas touché par la réduction, mais là également il y a des transferts de crédits dans le domaine agricole. Enfin, si le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication a dû concéder près de 36 millions de francs d'économies, notamment pour le transport des journaux, il a vu ses crédits sur les routes nationales augmenter de 88 millions de francs. Globalement, avec ces économies, l'excédent de recettes du compte financier aurait dû augmenter de 356 à 643 millions de francs et la croissance des dépenses baisser à 2,6 pour cent. Mais c'était sans compter les dépenses au titre de ce que le Conseil fédéral a pudiquement appelé «le redimensionnement de l'aviation civile», si vous préférez: le crédit pour pallier les conséquences économiques de la débâcle de Swissair. Ces crédits, que vous avez votés lors de la session extraordinaire des 16 et 17 novembre 2001, s'élèvent au total à 2,1 milliards de francs, dont 846,5 millions de francs doivent être inscrits dans le budget de la Confédération 2002 et 1,05 milliard de francs dans le supplément II au budget 2001. C'est ainsi que votre commission vous présente aujourd'hui un compte financier déficitaire de 202,7 millions de francs. Pour sa part, le Conseil des Etats a voté un budget présentant un excédent de dépenses de 502 millions de francs.

Par ailleurs, votre commission vous propose d'ajouter deux augmentations du plafond de dépenses: pour les subventions de base selon la loi sur l'aide aux universités et pour Suisse Tourisme – vous les trouverez dans l'arrêté fédéral I concernant le budget pour l'an 2002. Enfin, un bonheur n'arrivant jamais seul, la commission a appris que, probablement, les crédits à disposition pour l'Expo.02 ne seraient pas suffisants et qu'il serait nécessaire, dans la première moitié de l'an 2002, d'accorder une nouvelle rallonge à ce projet.

Quant au compte de résultats, la commission constate que le déficit n'est pas résorbé, tant s'en faut, puisque l'excédent des charges atteint près de 4 milliards de francs. Il faut se rappeler que ce compte, qui est l'égal du modèle du compte des cantons ou de celui que l'on peut trouver dans l'économie privée, définit le réel appauvrissement de la Confédération, et qu'il augmente en conséquence le découvert du bilan. Ce découvert atteindra la somme record de 78 milliards de francs en 2002.

En conclusion, par 19 voix contre 6, la Commission des finances vous propose d'approuver l'arrêté fédéral I concernant le budget pour l'an 2002, avec les modifications proposées.

Elle vous propose, par 18 voix contre 1 et avec 6 abstentions, d'accepter l'arrêté fédéral II concernant le prélèvement sur le fonds pour les grands projets ferroviaires pour l'année 2002.

Elle vous propose à l'unanimité d'accepter l'arrêté fédéral III concernant le budget du domaine des écoles polytechniques pour l'année 2002.

Dans le supplément II au budget 2001, le Conseil fédéral présente des crédits supplémentaires pour une somme de 787 millions de francs et des crédits d'engagements pour 3,1 milliards de francs.

Mais le message du Conseil fédéral est antérieur à la crise Swissair. C'est pourquoi il faut ajouter 385 millions de francs

de crédits de paiements pour 1,25 milliard de francs pour le sauvetage d'une compagnie d'aviation nationale à caractère intercontinental. Le détail des chiffres vous est également donné dans le dépliant.

C'est à l'unanimité aussi que la commission vous propose d'approuver ce supplément II au budget. Le plan financier qui, à la demande des Commissions des finances, est présenté depuis trois ans sous une forme séparée du compte d'Etat, revêt une importance plus grande parce qu'il donne le plan d'intention du Conseil fédéral et qu'il détermine l'évolution des finances à moyen terme. La Commission des finances a examiné ce document avec beaucoup de soin, afin de donner au Parlement les moyens d'influer sur le cours futur du ménage fédéral. Ce plan se base sur les indicateurs macroéconomiques suivants, pour chacune des trois années considérées: croissance du produit intérieur brut, 1,5 pour cent; renchérissement, 1,75 pour cent; taux d'intérêt des obligations de la Confédération, 4 pour cent. La quote-part de l'Etat et la quote-part fiscale augmentent respectivement de 11,7 à 12 pour cent et de 11,1 à 11,7 pour cent. Enfin, la clôture du compte de résultats continuera d'être dans les chiffres rouges pour se réduire de 3,2 milliards à 1,6 milliard de francs.

Qu'on se le dise, les perspectives aussi bien du compte financier que du compte de résultats sont inquiétantes, ce d'autant plus que le plan tel qu'il vous est présenté ne tient pas compte des accidents de parcours de Swissair. Mais, par 11 voix contre 11 et avec 3 abstentions, avec la voix prépondérante du président, la commission vous propose d'adopter une motion 01.3678 demandant au Conseil fédéral de réduire la quote-part de l'Etat dans le budget 2002 et le plan financier 2003–2005. Une très forte minorité s'oppose à cette motion, estimant que le frein à l'endettement devrait suffire.

Par 15 voix contre 10, la commission vous propose de prendre acte du rapport sur le plan financier 2003–2005.

Müller Erich (R, ZH): Ich möchte im Namen der Finanzdelegation eine Erklärung zur Kosten- und Budgetsituation der Expo.02 abgeben. Die Finanzdelegation erhält seit einem Jahr die Quartalsberichte der Expo, in denen die jeweilige aktuelle Finanzsituation und die zukünftige Entwicklung der Finanzen dargestellt werden. Wir gaben im Mai dieses Jahres in unserem Bericht an die Finanzkommissionen eine Übersicht über das Budget. Die Leitung der Expo schätzte zum damaligen Zeitpunkt die gesamten einnahmen- und ausgabenseitigen Risiken auf rund 300 Millionen Franken, zusätzlich zu dem bereits angezeigten Defizit von 87 Millionen Franken. Die Finanzdelegation stellte schon damals fest, dass im Budget keine Reserven enthalten waren, was dazu führen wird, dass die Bundesdarlehen von 430 Millionen Franken kaum je zurückbezahlt werden.

Die Expo-Leitung informierte uns Ende Oktober dieses Jahres, dass trotz eingeleiteter Sparmassnahmen im Jahre 2002 zusätzliche Finanzmittel des Bundes notwendig sind. Der Grund dafür liegt bei den Sponsoreneinnahmen. 1996 wurden diese auf 800 Millionen Franken geschätzt. Vor einem Jahr ging die Expo-Leitung noch von 454 Millionen aus und unterbreitete dies dem Parlament. Heute kann höchstens mit 380 Millionen Franken und – wie wir heute bei der Präsentation im Souterrain gehört haben – realistischerweise nur mit 320 Millionen Franken Sponsoreneinnahmen gerechnet werden.

Der Entscheid, dass die Expo der Mehrwertsteuer unterstellt wird, dass sie LSVA-pflichtig ist und die Bundesdarlehen zu verzinsen sind, führt zu Mehrausgaben von knapp 40 Millionen Franken, denen auf Bundesseite allerdings entsprechende Einnahmen gegenüberstehen. Die Leitung der Expo hat verschiedene Möglichkeiten geprüft, die Kosten weiter zu senken, wie Reduktion der Ausstellungen, Verminderung der Events oder Einsparungen beim Betrieb, doch zeigten sich diese als sehr schwer gangbar. Echte, verantwortbare Handlungsalternativen, die keine Konsequenzen auf der Einnahmenseite haben, bestehen aus der Sicht der Expo-Leitung nicht.



Sie beziffert darum im jetzigen Zeitpunkt das finanzielle Risiko im «best case» mit 259 Millionen Franken und im «worst case» mit 478 Millionen Franken. Da die Bundesgarantie 358 Millionen Franken beträgt, sind im schlechtesten Falle 120 Millionen Franken des möglichen Defizites nicht gedeckt. So viel zur Defizitsituation.

Es erstaunt nicht, dass die Expo.02 deshalb in den nächsten Monaten auch mit schwierigen Liquiditätsfragen konfrontiert ist. Die Expo-Leitung prognostiziert in ihrem neuesten Finanzplan spätestens im Juni 2002 einen Liquiditätsengpass. Sie hält daher eine nachrangige Kreditzufuhr des Bundes von 120 Millionen Franken für unabdingbar. Die Finanzdelegation geht davon aus, dass die Expo.02 bereits früher in eine ernsthafte Liquiditätskrise geraten kann. Wir hoffen, dass Herr Bundesrat Couchebin mit dem heute in der Fragestunde vorgetragenen Wunschdenken Recht hat, sind aber der Meinung, dass man sich darauf nicht verlassen darf. Die Finanzdelegation hat darum die Expo-Leitung und den Bundesrat aufgefordert, die zur Bewältigung der Liquiditätskrise notwendigen Schritte einzuleiten. Wir verlangen vom Bundesrat, dass er die allenfalls notwendigen Kreditentscheide dem Parlament rechtzeitig vorlegt. Die Finanzdelegation ist nicht bereit, über neue Kredite zur Behebung eines Liquiditätsengpasses im Dringlichkeitsverfahren – d. h. am Parlament vorbei – zu entscheiden. Wir erachten es nicht als gangbar, dass Zusatzkredite im Rahmen des Nachtragskredites I zum Voranschlag 2002 erst in der Sommersession 2002 dem Parlament unterbreitet werden.

Die Finanzdelegation verlangt darum vom Bundesrat, dass er dem Parlament eine Botschaft so frühzeitig unterbreitet, dass das Parlament in der Frühjahrssession darüber entscheiden kann.

Mugny Patrice (G, GE): Monsieur Müller, vous n'êtes pas fatigué de venir, bientôt session après session, nous dire à quel point vos copains sont incompétents et demander des rallonges pour Expo.02?

Müller Erich (R, ZH): Nein, ich bin nicht müde – überhaupt nicht. Aber ich könnte wirklich müde werden, wenn man das, was jetzt an sich planbar ist, was im nächsten Jahr mit grösster Wahrscheinlichkeit geschieht, hinauszögert, bis man dann von der Finanzdelegation her im Dringlichkeitsverfahren Ja sagen muss.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Wenn ich den Ausführungen von Herrn Müller Erich zuhöre, dann «tschuderet» es mich einmal mehr – es gibt für mich keinen anderen Ausdruck. Die beiden Kommissionssprecher der CVP und der FDP haben in ihren Eintretensvoten die Lage ziemlich klar analysiert. Nur die Konsequenzen, die man ziehen sollte, werden jeweils nicht gezogen.

Die Finanzen des Bundes sind in einem katastrophalen Zustand. Die Schulden haben sich in den Neunzigerjahren verdreifacht und liegen per Ende 2001 auf der rekordverdächtigen und Schwindel erregenden Höhe von 108 Milliarden Franken. Diese verheerende Entwicklung hat dazu geführt, dass der Bund heute für Schuldzinsen mehr Geld aufwenden muss als beispielsweise für den gesamten Bildungsbereich.

Das Hauptproblem bei dieser himmeltraurigen Entwicklung liegt nicht etwa bei den Einnahmen. Vielmehr haben der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit in ihrer grosszügigen, ja unverantwortlichen Ausgabenfreudigkeit diese staatliche Defizitwirtschaft zu verantworten. Zwei Beispiele haben Sie heute wieder erlebt, mit «Schulen ans Netz» und mit diesem grosszügigen Umbau für das Medienzentrum. Wer realisiert, was an Forderungen, Wünschen und bereits beschlossenen Massnahmen noch alles in der Pipeline steckt, der muss erkennen, dass der Bund die Ausgaben schlicht und einfach nicht im Griff hat. Expo.02 lässt überdies auch noch grüssen!

In der Privatwirtschaft hätte eine solche Misswirtschaft schon lange personelle Konsequenzen nach sich gezogen.

Die SVP ist über die Entwicklung der Bundesfinanzen sehr besorgt. Sie kann und will diese staatliche Defizitwirtschaft nicht länger mittragen. Sie will nicht länger tolerieren, dass das Ausgabenwachstum weit über dem prognostizierten Wirtschaftswachstum liegt. Aus diesem Grund setzte sie im Verlaufe dieses Sommers eine Arbeitsgruppe der Fraktion ein, die ein Sparpaket mit über 57 konkreten Sparvorschlägen erarbeitete und als Diskussionsgrundlage und Antrag in die Finanzkommission einbrachte. Leider ging die Kommission – wie schon vorher die Subkommissionen – kaum auf einen dieser guten Vorschläge ein. So muss also die SVP-Fraktion annehmen, dass weder der Bundesrat noch die Mehrheit im Parlament bereit sind, dazu beizutragen, dass die Ausgaben endlich reduziert und die Finanzen des Bundes in die richtigen Wege geleitet werden. Weil wir am Anfang noch voller Hoffnung waren, dass uns wenigstens die bürgerlichen Mitglieder der Finanzkommission bei einzelnen Anträgen unterstützen würden, stellten wir nicht schon zu Beginn den Rückweisungsantrag, sondern lehnten am Schluss dann das Budget ab. Jetzt, als logische Konsequenz, fordern wir die Rückweisung.

Der Bund muss sich endlich auf seine Kernaufgaben besinnen und das überbordende Ausgabenwachstum reduzieren. Denken Sie daran: Wir können nicht gemeinsam ein Steuerpaket in Milliardenhöhe schnüren, ohne auch auf der anderen Seite Anstrengungen zu unternehmen, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Das geht vor allem an die Adresse der bürgerlichen Fraktionen.

Leider haben wir von einer Zurückhaltung bei den Ausgaben in der Finanzkommission herzlich wenig gespürt. Das hat nichts mit glaubwürdiger Politik zu tun. Können Sie sich noch erinnern, wie wir im Nationalrat vor gut einem Jahr den Bundesrat mit einer Motion beauftragten, die Staatsquote bis 2004 auf 10 Prozent, nämlich auf den Stand von 1990, zu reduzieren? Wenn Sie sich den Finanzplan anschauen, dann sehen Sie auch, dass dieses Ziel weit verfehlt werden wird.

Die SVP-Fraktion wehrt sich vehement dagegen, dass Sparrunden zu einfachen Alibiübungen verkommen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass ein Voranschlag verabschiedet wird, der – Swissair-Finanzierung hin oder her – ein Ausgabenwachstum von sage und schreibe 4,6 Prozent ausweist, und dies bei einem Wirtschaftswachstum, das im kommenden Jahr kaum höher als 1,5 Prozent sein dürfte.

Nachdem das Eintreten auf diese Vorlage obligatorisch ist, bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion zu unterstützen. Weisen Sie den Voranschlag an den Bundesrat zurück mit dem Auftrag, die Ausgaben um nochmals 800 Millionen Franken, das sind insgesamt lediglich knapp 1,6 Prozent des gesamten Ausgabenvolumens, zu reduzieren!

Rechsteiner Rudolf (S, BS): Ich beantrage Ihnen Rückweisung des Budgets 2002, weil trotz Verteidigungsausgaben in Höhe von über 4 Milliarden Franken keine Massnahme budgetiert ist, die der neuen Bedrohungslage seit dem 11. September 2001 in irgendeiner Form Rechnung tragen würde. In den Ausgaben des VBS finden Sie das Übliche: Ausgaben für Heer, für Flugwaffe, für Schiessplätze und für Sanierungen von Schiessplätzen usw. Damit ist jedoch kein wirksamer Schutz der Bevölkerung gewährleistet. Einfache, auf der Hand liegende Massnahmen unterbleiben.

Übersehen wird namentlich das Grossrisiko, das von den schweizerischen Atomanlagen ausgeht. Müleberg, Gösgen, Leibstadt, Beznau und Würenlingen sind für Selbstmordattentäter Atombomben mit einem Do-it-yourself-Zünder. Ihr Gefährdungspotenzial übertrifft jenes von Tschernobyl bei weitem; es ist grösser als das Vernichtungspotenzial einer Atombombe, und zwar wegen der Häufung von langlebigen radioaktiven Substanzen: abgebrannte Brennstäbe, Plutonium, Zäsimus usw. mit langen Halbwertszeiten, die die Schweiz im Ernstfall dauerhaft und irreversibel verseuchen können. Dieses Risiko wurde bis zum 11. September von unseren so genannten Experten stets ausser Acht gelassen. Heute wissen wir, dass Extremisten unter Missachtung aller



Gebote der Humanität zu solchen Attentaten fähig sind. Wir wissen auch, dass solche Attentate geplant werden, und wir müssen fürchten, dass sie sich auch gelegentlich ereignen. Unsere Bedrohungslage ist heute, technisch definiert, wesentlich gefährlicher als 1940 oder 1941. Hitler hätte die Schweiz bestimmt angreifen und erobern können. Aber er hätte sie niemals für Jahrhunderte verstrahlen und unbewohnbar machen können. Heute hingegen ist solches für eine Hand voll Attentäter, bewaffnet mit einem voll getankten Jumbojet, in den Bereich des Möglichen gerückt.

Die Schweizer Reaktoren sind nicht auf solche Angriffe ausgelegt worden. Ihre Wandstärken sind zu wenig dick für einen Flugzeugangriff, und bei einem Grossfeuer können radioaktive Materialien in sehr grossen Mengen verfrachtet werden, was weitläufig zu Krebserkrankungen und zum Tod führen würde.

Was würde General Guisan machen, wenn er heute noch lebte? Er würde sicher nicht einfach nichts tun wie heute der Bundesrat. Er würde auch keinen neuen Rütlirapport machen, aber er würde vielleicht einen Mühlebergrapport machen und die gefährlichste aller Anlagen mit nur 30 Zentimeter Wand als erste schliessen. Er würde jedenfalls versuchen, die Schweiz vor Unglück zu bewahren, und sich der Bedrohungslage anpassen. Unser Land blieb damals von grossem Unheil verschont.

Heute haben wir keine solchen Garantien. Und schlimmer noch: Es gibt keine Bemühungen, die in diese Richtung gehen. In Sachen VBS muss man sagen: Der Bevölkerungsschutz in der Schweiz findet nicht statt! Das Budget ist das wichtigste Handlungsinstrument der Regierung. Bei solchen Risiken muss man über die Bücher gehen. Wir müssen das Problem lösen, bevor etwas passiert. In Sachen Atomgefahren können wir uns die Probe aufs Exempel eben nicht leisten. In Frankreich und in den USA wurde wenigstens ein Verbot des Überfliegens von Atomkraftwerken veranlasst. In der Schweiz ist Leibstadt immer noch ein Warteraum für die Swissair. Die Sicherheit des Landes ist unser höchstes Gut, und der Schutz von Leib und Leben ist Auftrag des Bundes. Schon mit 100 Millionen Franken können Sie einen Windpark in der Nordsee finanzieren und Mühleberg ersetzen. Es ist nicht teuer, es ist nahe, wir können es tun – bitte tun Sie es!

Weisen Sie dieses Budget zurück und geben Sie dem Bundesrat einen Wink, damit wir der Bedrohung, die seit dem 11. September da ist, wirksam gerecht werden und Dinge finanzieren, die etwas zur Sicherheit dieses Landes beitragen.

Kaufmann Hans (V, ZH): Die SVP-Fraktion hat im Hinblick auf das Budget 2002 ein detailliertes Sparprogramm erarbeitet, das in rund 60 Anträgen an die Subkommissionen seinen Niederschlag fand. Statt des anvisierten Sparvolumens von 1,9 Milliarden Franken resultierten aber nur echte Einsparungen von 120 Millionen – dass wir wegen der noch nicht unterzeichneten bilateralen Verträge mit der EU 160 Millionen Franken Forschungsbeiträge noch nicht bezahlen müssen, kann ja wohl kaum als Sparmassnahme bezeichnet werden. Diese «minimalsten» Einsparungen werden jedoch durch die 2,1 Milliarden Franken Zahlungen im laufenden und im nächsten Jahr an die Swissair und Crossair mehr als zunichte gemacht.

Die Vorstellungen der SVP-Fraktion weichen damit rund 3 Milliarden Franken vom vorgelegten Budget ab. Das Budget ist deshalb für die Fraktion der SVP inakzeptabel, und deshalb weisen wir den Voranschlag 2002 an den Absender zurück.

Sicher gibt es verschiedene Interpretationen der Abstimmungsergebnisse vom letzten Sonntag. Für mich sind die Schlussfolgerungen jedoch klar: Das Volk will keine neuen Steuern, das Volk will auch keine neuen Schulden. Da bleibt logischerweise nur noch eines, nämlich Sparmassnahmen, damit wir den Volksentscheiden gerecht werden. Es ist leider nicht das erste Mal, dass wir schon am Tag nach dem Volksentscheid diesen bereits wieder missachten.

Einmal mehr steigen im nächsten Jahr die Ausgaben des Bundes zwischen 4 und 5 Prozent, also deutlich mehr als das nominelle Bruttoinlandprodukt, dessen Zunahme ich auf 1 bis 2 Prozent schätze. Damit dürfte die Staatsquote des Bundes voraussichtlich sogar über 12 Prozent ansteigen, was im krassen Widerspruch zu den Zielen unserer Partei steht, die mit ihren konstruktiven Sparvorschlägen die Staatsquote des Bundes mittelfristig wieder auf das Niveau der frühen Neunzigerjahre, d. h. auf 10 Prozent, reduzieren will.

Die im Budget enthaltenen Swissair-Kredite werden den Fehlbetrag der Bilanz, der sich in den letzten sechs Jahren auf 71 Milliarden Franken ja schon fast verdoppelt hat, weiter aufblähen. Allein die Verzinsung dieser zusätzlichen 2 Milliarden Franken Swissair-Gelder wird unsere Kinder in den nächsten Jahren jeweils 60 bis 80 Millionen Franken mehr kosten.

Nicht minder stört mich aber die Tatsache, dass wir in letzter Zeit immer wieder mit Überraschungen konfrontiert werden, gegen die wir nichts mehr unternehmen können, weil wir – wenn überhaupt – erst im Nachhinein informiert werden. Geraade wieder im Zusammenhang mit der Swissair stelle ich fest, dass für die Bezahlung von Sozialplänen im Ausland eigentlich keine rechtliche Grundlage besteht, denn das sind für mich reine Erpressungsgelder und keine Betriebskosten, wie sie im Luftfahrtgesetz zugelassen sind. Ich bin auch gespannt auf die Reaktion des Bundes, falls der Kanton Zürich den 300-Millionen-Kredit für die Crossair im Januar ablehnt. Es wird dann wohl ein weiterer Nachtragskredit für die Crossair gefordert.

Ins gleiche Kapitel fällt die Expo.02. Ich will weder im März noch im Juni einen Nachtragskredit für diese Expo sehen! Die sich anbahnenden Liquiditätsengpässe sind bereits seit letztem Oktober bekannt, und deshalb hätte man das ruhig in dieses Budget – wenn überhaupt! – nehmen können. Es ist für mich eine unehrliche Budgetierung, wenn man Sachen, die man klar voraussieht, einfach unterschlägt und glaubt, mit einem Nachtragskredit könne man das dann wieder überbüchsen.

Angesichts der grossen zusätzlichen Finanzbrocken, die für mich bereits sichtbar sind – sei es die Swissair, sei es die Expo –, ist für mich der Finanzplan 2003–2005 bereits Makulatur. Deshalb fordert die SVP-Fraktion auch in einer Motion eine Überarbeitung.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Personalkosten, wo wir grosse Zurückhaltung fordern. Wir stützen uns dabei auf die jüngste Lohnerhebung für das Jahr 2000 des Bundesamtes für Statistik ab. Diese zeigt für die Arbeitnehmer der Privatindustrie Durchschnittslöhne von etwas über 5000 Franken brutto pro Monat, für den öffentlichen Sektor 1000 Franken mehr, das heisst 19 Prozent mehr. Während Post und SBB nur um 4 beziehungsweise 12 Prozent über dem Privatsektor liegen, bringen es die Bundesbeamten der öffentlichen Verwaltung, der Landesverteidigung und der Sozialversicherungen auf Durchschnittslöhne, die um 41 Prozent über dem Privatsektor liegen. Von unterbezahlten Staatsbeamten zu sprechen ist somit fehl am Platz.

Ich fordere Sie deshalb nochmals auf, den Voranschlag 2002 abzulehnen, damit dem Volkswillen in einem zweiten Anlauf endlich Gehör verschafft wird.

Loepfe Arthur (C, AI): Die Ausgangslage für das Budget 2002 ist heute wesentlich ungünstiger als bei dessen Erstellung. Der Bund schreibt im laufenden Jahr schon wieder tiefrote Zahlen. Dies geschieht trotz ausserordentlicher Einnahmen wie z. B. der Rückzahlung von Darlehen der ALV in der Höhe von 1,2 Milliarden Franken. Das «Haushaltziel 2001» wird deutlich verfehlt. Der Haushalt ist nicht saniert; er ist nach wie vor strukturell überbelastet. Die für die Budgetierung angenommene wirtschaftliche Entwicklung entspricht nicht mehr der Realität. Der ungünstige Konjunkturverlauf und das schlechte Börsenklima werden die Einnahmen reduzieren und die Ausgaben erhöhen. Die beschlossenen und die sich abzeichnenden ausserordentlichen Ausgaben



sowie die ungebremste Ausgabenfreudigkeit des Parlamentes haben den budgetierten Einnahmenüberschuss von bescheidenen 356 Millionen Franken bereits in einen grosszügigen Ausgabenüberschuss verwandelt. Das ist trotz ausserordentlicher Einnahmen von 1,2 Milliarden Franken im nächsten Jahr geschehen.

Die Planerfolgsrechnung 2002 zeigt einen Ausgabenüberschuss von 3,5 Milliarden Franken. Um diesen Betrag werden sich auch die Schulden des Bundes in Ergänzung zum entstehenden Defizit erhöhen. In Anbetracht dieser Situation hat die Finanzkommission beschlossen zu sparen. Die CVP-Fraktion hat das von der Finanzkommission festgelegte Sparziel von 250 Millionen Franken mitinitiiert und unterstützt es dementsprechend. Das Sparziel wurde auch erreicht. Meinem Kollegen Zuppiger darf ich noch mitteilen: Es war das Machbare. Das weiss er ganz genau. Es war nicht das Wünschbare.

Im EDA steigen die Ausgaben um 98 Millionen Franken oder 6 Prozent, und die Einnahmen sinken um 6 Millionen Franken. Der Ausgabenanstieg erfolgt vor allem in der Deza. Wir beantragen keine Kürzungen, lehnen aber die Aufstockungsanträge der Minderheiten ab.

Das EDI steigert die Ausgaben um 559 Millionen Franken. Wir begrüssen die Ausgabenkürzungen bei den Leistungen des Bundes an die AHV, bei der Militärversicherung und bei der europäischen Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit. Wir befürworten die zusätzlichen Ausgaben für die Hochschulförderung. Wir wehren uns aber gegen die Aufstockungsanträge der Minderheiten.

Das EJPD senkt die Ausgaben um 117 Millionen und die Einnahmen um 3,4 Millionen Franken. Wir folgen der Mehrheit und lehnen die Minderheitsanträge bezüglich Mehrausgaben für Integrationsmassnahmen und bezüglich Minderausgaben für Asylsuchende ab.

Im VBS steigen die Ausgaben um 98 Millionen Franken. Wir anerkennen die Bereitschaft des Departementes für eine Ausgabenkürzung von 37 Millionen Franken.

Das EFD steigert die Ausgaben exklusive Swissair auf 554 Millionen Franken und die Einnahmen um 2,02 Milliarden Franken. Die CVP-Fraktion begrüßt die Ausgabenkürzungen um 150 Millionen Franken bezüglich Lohnmassnahmen, Sozialplan Nove-it, Arbeitgeberbeiträge an Suva, Pensionskasse des Bundes sowie Bundesamt für Bauten und Logistik, wie sie auch der Ständerat beschlossen hat.

Das EVD budgetiert die Ausgaben um 16,4 Millionen Franken und die Einnahmen um 63,6 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Wir stimmen den zusätzlichen Ausgaben von 10 Millionen Franken für Schweiz Tourismus zu, um damit die negativen Auswirkungen des Swissair-Debakels abzufedern. Wir unterstützen die finanzielle Umschichtung im Bundesamt für Landwirtschaft zugunsten der Milchwirtschaft.

Im UVEK steigen die budgetierten Ausgaben exklusive Swissair um 516 Millionen Franken, und die Einnahmen sinken um 4 Milliarden Franken. Wir unterstützen die Ausgabenkürzungen der Finanzkommission in den Bereichen Personalbezüge und Buwal. Die Mehrheit der Fraktion will hingegen die Abgeltung für Zeitungstransporte noch nicht kürzen. Beim Nationalstrassenbau stimmen wir der Aufstockung des Ständerates zu. Die Mehrheitsanträge lehnen wir alle ab.

Ich bitte Sie, alle Einzelanträge für Mehrausgaben – und dies sind fast alle – abzulehnen. Die CVP-Fraktion empfiehlt, auf den Voranschlag 2002 einzutreten und ihn unter Vornahme der genannten Kürzungen zu genehmigen, dies in der Hoffnung auf ein stärkeres Finanzbewusstsein von Bundesrat und Parlament in der Sachpolitik, auf die Beachtung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen durch das Parlament und auf ein baldiges Inkrafttreten der Schuldensremse.

Walker Felix (C, SG): Stellen Sie sich vor, wir würden das Budget zurückweisen und verpassten damit der Verwaltung eine Art Sabbatum für vier oder sechs Monate. Daraus ist erkennbar, wie unflexibel wir hier in der Budgetdebatte sind.

Die politische Debatte zum Budget ist ausgelaugt. Der Bundesrat hat finanzpolitische Zielsetzungen vorgelegt, Verwaltung und Departemente haben budgetiert, Subkommissionen haben diskutiert, die Finanzkommission hat entschieden: Was wir hier machen können, ist noch ein bisschen Kosmetik.

Warum ist das so? Wenn ich Herrn Kollege Zuppiger höre und mir alle diese Sparvorschläge der SVP-Fraktion ansehe, dann schimmert daraus eine Art gestörtes Verhältnis zum Ausland hervor: Entwicklungshilfe, Flüchtlingsfragen, Auslandfragen. Wenn ich andere höre, dann ist das Sparpotential nur beim Militärbudget, und bei einer dritten Gruppe soll die soziale Wohlfahrt gekürzt werden.

Das ist der Grund, weshalb ich mich auf das besser steuerbare Instrumentarium, den Finanzplan, konzentriere. Der Finanzplan ist ein unentbehrliches Führungsinstrument für die Steuerung der Bundesfinanzen. Er konkretisiert die Ziele und Grundsätze unseres Finanzleitbildes, das wir uns unlängst gegeben haben. Er ist auch eine Auflistung der Entscheide, die dieses Parlament und niemand anders als dieses Parlament in den letzten Jahren getroffen hat. Der Finanzplan ist zudem eine Art Frühwarnsystem. Er bietet mehr Handlungsspielraum, mehr Eingriffsmöglichkeiten, mehr nachhaltige Einflussnahme als der Voranschlag. Allerdings, und das haben wir hier schon einmal erläutert, muss der Finanzplan mehr Verbindlichkeit haben, so wie es die Bundesverfassung vorsieht, ein Mitwirkungsrecht des Parlamentes und damit auch seine Einbindung.

Was sind dann die Aussichten in diesem Finanzplan? Vom konjunkturellen Umfeld war die Rede. Wir haben ja eigentlich gar nicht so schlechte Faktoren: Das Zinsniveau ist anständig, die Teuerung ist nicht sehr hoch, die Arbeitslosenquote ist tief. Aber es gibt negative Faktoren, z. B. die Währung, die unserem exportorientierten Land Schwierigkeiten bereitet. Jene Länder, mit denen wir wirtschaftlich verflochten sind, haben auch eine schwache Konjunktur. Aber entscheidend ist nicht all das, entscheidend ist die Stimmung, das Selbstvertrauen, sind die Zukunftserwartungen. Hier gibt es natürlich ein paar Faktoren, Unsicherheiten, die keine gute Stimulanz für eine positive wirtschaftliche Ausgangslage darstellen. Darum ist es auch ein Risiko, wenn wir die Konjunkturprognosen mit 1,5 Prozent Wachstum ansetzen. Ich glaube nicht, dass das reale Bruttoinlandprodukt um 1,5 Prozent wächst.

Was sind die Konsequenzen, die wir aus diesem Umfeld ziehen müssen? Wir müssen erstens sehen, dass das wirtschaftliche Umfeld auf den Bundeshaushalt durchschlägt. 1 Prozent mehr Wachstum macht 500 Millionen Franken mehr Einnahmen aus und umgekehrt. Wir haben volatile Teile: die Verrechnungssteuer, die Stempelsteuer usw. Wir müssen auch sehen, dass die ausserordentlichen Erträge des letzten Jahres uns zu Begehrlichkeiten geführt haben. Wir wollen einen realistischen Finanzplan haben; deshalb müssen wir aufhören, den Bundeshaushalt auf der Einnahmenseite zu schwächen. Betreffend Steuersenkungen habe ich am letzten Abstimmungssonntag keine Signale gehört; was wir hier in diesem Saal unlängst gemacht haben, sind konzeptionslose Schnellschüsse, und das geht so nicht. Ich bin froh, wenn der Ständerat Korrekturen anbringt. Man muss wissen – und jeder, der sich mit Finanzpolitik befasst, muss wissen –, dass man nachhaltig Steuern nur mit strukturellen Überschüssen senken kann. Was wir jetzt haben und was uns mit diesem Finanzplan bevorsteht, sind strukturelle Defizite. Dazu kommen Umleitungen von Geldern für AHV und IV im Umfang von 1 Milliarde Franken. Diese beiden Dispositionen allein bieten eine ausgezeichnete Voraussetzung, dass der Finanzplan wieder ins Lot kommt.

Aber natürlich spielen die Ausgaben auch eine wichtige Rolle. Ich will mich sehr kurz fassen; es geht um eine strikte Disziplinierung in dem, was wir hier tun. Unser Tagesgeschäft bestimmt die Ausgaben. Ich denke an das Wunschkonzert, das hier eben angetönt wurde. Man wirft dem Finanzminister Misswirtschaft vor, listet in der Sonntagspresse eine Wunschliste auf und sagt, das sei die Schuld des Finanzministers. Dabei wehrt er sich ständig gegen un-

sere Grosszügigkeit. Wir sind es, die ihm diese Wünsche entgegenbringen. Ich bin auch erstaunt, dass es keine Kompensationen gibt. Ich habe noch gar nie gehört, dass man in dieser Verwaltung etwas abschafft, das nachher nichts mehr kostet. Das müsste doch auch möglich sein, wenn man Neues einführt, dass man nach Kompensationen sucht. Ich denke, dass wir auch die Risikopotenziale konsequent sehen müssen. Sie sind genannt worden: zum Beispiel die Swissair, die Expo.02, Nove-it. Die Sach- und die Finanzpolitik sollten besser zusammengeführt und die Schuldenbremse so schnell wie möglich eingeführt werden. Das ist ein Auftrag des Volkes, der uns echt hilft.

La présidente (Maury Pasquier Liliane, présidente): La parole est à M. Mugny pour la moitié du groupe écologiste. (Hilarité)

Mugny Patrice (G, GE): La première année, j'avais été un peu submergé par les chiffres quand j'ai débarqué à la Commission des finances, un mois après les élections. La deuxième année, j'avais le sentiment que les élus de cette commission étaient un peu des comptables. Cette année, c'est un autre sentiment que j'ai, le sentiment d'avoir été un peu au café du Commerce, où on discute le bout de gras, le souk.

Par exemple, on dit: «Il y a 26 millions de francs pour assainir les sites contaminés.» Alors on discute: «Est-ce qu'on enlève 6 millions de francs?» Puis, si le fonctionnaire est un peu déterminé, il explique que supprimer ces 6 millions de francs, ça pose un problème, alors on les remet. Puis, si le fonctionnaire suivant n'est pas vraiment déterminé, alors on enlève 10 millions de francs. Il a beau expliquer que c'est lié à un accord international signé, on les supprime quand même. Et puis, au milieu de l'année, on va venir avec une demande de supplément au budget, et on le votera, évidemment. C'est une discussion comme ça.

L'année dernière, on avait dit: «On enlève 500 millions de francs.» On n'y est pas arrivé. Cette année, on a dit: «On enlève 250 millions de francs.» Puis, comme M. Coucheppelin, conseiller fédéral, s'est bien battu, on n'a rien enlevé chez lui, on a enlevé chez d'autres. C'est un peu comme ça que ça se passe.

C'est comme la dette: on parle beaucoup de la dette. On dit qu'il faut la réduire. M. Widrig a fait une proposition qui a été acceptée par la commission: l'année prochaine, on ne dépense pas plus que cette année, y compris si on compte l'inflation et l'évolution démographique. A côté, on vote 2 milliards de francs pour Swissair, on va voter 120 millions de francs pour Expo.02, mais on ne va pas augmenter le budget. C'est comme ça, on n'explique pas les choses; on fait les choses sans politique; on décide qu'on réduit les dépenses, alors on les réduit. Puis, à côté, on s'endette, on s'endette, et on fait voter un frein à l'endettement. C'est simple!

Puis, on décide que les routes, c'est bien. Alors, on met 88 millions de francs pour les routes. Pourquoi est-ce qu'on met 88 millions de francs? Il y a un petit bout pour Zurich, le reste pour la Suisse romande; tout le monde tombe d'accord, alors on met 88 millions de francs. Même le conseiller fédéral était d'accord d'économiser, mais là on n'économise pas, on y va.

J'ai un peu un problème quand M. Widrig et tout le monde ici parle très sérieusement de la crédibilité de ce Parlement; ça ne fait pas très sérieux. Cela ne fait pas très sérieux d'enlever des petits bouts comme ça, comme si on faisait des bouts de ficelle, sur 51 milliards de francs. On parle de 51 milliards de francs. L'année dernière, j'avais relevé qu'on avait enlevé 14 000 francs pour des histoires de vaccination. Comme ça, on joue avec des petits chiffres, et on se fait peur, et on se fait plaisir.

On parle vraiment beaucoup de la dette. Alors, tout le discours, c'est: «On ne va pas laisser des dettes aux générations futures, ça serait terrible.» Le reste, ça n'a pas d'importance, mais les dettes, il ne faut pas en laisser pour les générations futures. Mais, à côté de ça, on coupe dans

tous les trucs de l'environnement. M. Mariétan, qui n'est pas un gauchiste effréné, mais un bon Valaisan démocrate-chrétien, arrive et propose d'aider un peu le développement durable, de mettre quelques sous pour la promotion des énergies renouvelables. Non, la commission ne veut pas des énergies renouvelables. Tout le monde ricane un peu aujourd'hui: «Vous avez vu, vous avez perdu la taxe écolo; vous vouliez de nouveau un impôt.» Alors, on a dit non. C'est bien, on est content, l'avenir c'est le béton, la pollution, l'armée, c'est du solide!

Eh bien, nous, on a un peu de peine à comprendre tout ça. Je prends un dernier exemple, et on en parlera dans l'examen de détail de ce budget: c'est les 100 millions de francs d'aide à la presse. Il y a des gens qui vivent dans des régions décentrées, alors vous imaginez bien que c'est plus cher d'amener un journal au fin fond des Grisons qu'à la Bahnhofstrasse à Zurich ou à la gare Cornavin à Genève. Vous dites aux gens que sur les 100 millions de francs d'aide à la presse, 50 millions de francs ce n'est pas une aide à la presse, c'est une aide aux citoyens, aux habitants de ce pays qui vivent dans des régions décentrées. Mais les gens qui vivent dans les régions décentrées, s'ils ont décidé d'enlever des millions, ils les enlèvent quand même, ils coupent.

La Commission des médias qui représente tous les partis planche depuis des années sur une aide à la presse différente. Elle supplie la Commission des finances de ne pas couper les crédits. M. Bührer et ses copains disent: «On coupe!», alors on coupe. Je ne sais qui sera touché: ce ne sera pas la Migros qui ne va plus toucher d'argent, ce ne sera pas la Coop, bien que cela soit souhaitable. On ne va pas y arriver comme ça, il faut un travail pour arriver à ça, mais on va couper 30 millions de francs. J'espère que le Parlement, ici, rétablira un certain nombre de choses.

C'est pour cela que nous ne sommes pas contre l'entrée en matière. Nous espérons, par un peu de raison, arriver à quelques évolutions par rapport à ce budget et si, en fin de compte, ça reste en l'état, eh bien on le refusera.

Genner Ruth (G, ZH): Ich spreche nach meinem Kollegen, der sich zum Budget geäussert hat, zum Finanzplan. Ich möchte drei Punkte erwähnen:

1. Schuldenbremse: Der Bundesrat verbucht die gestrige Volksabstimmung zur Schuldenbremse als Erfolg. Aus grüner Sicht ist es aber keiner. Warum? Ein Parlament, das sich seine politischen Spielräume und Entscheidungsmöglichkeiten selber beschneidet, kann nicht als erfolgreich bezeichnet werden. Ich möchte entscheiden und Schwerpunkte setzen; dazu bin ich auch gewählt geworden. Wir alle haben eigentlich diese uns zugedachte Rolle auszufüllen. Die Stimme des Volkes, das keine Schulden will, haben wir gehört. Diese Meinung tragen die Grünen mit, wenn es darum geht, in volkswirtschaftlich guten Zeiten Schulden abzubauen und allenfalls dann über die Mittel zu leben, wenn sich der Staat antizyklisch verhalten soll.

Wer war für die Schuldenbremse? Die grosse bürgerliche Phalanx, die ein Doppelspiel spielt: Sie spricht nach aussen vom Abbau der Schuldenwirtschaft und entlastet sich hier im Hause selber mit grossen Steuererleichterungen im Stil des Steuerpaketes. Die Bürgerlichen wollen sich dafür einsetzen, dass die Beiträge der Arbeitslosenversicherung im oberen Lohnsegment gänzlich gestrichen werden; von einer Kapitalgewinnsteuer, die eine ungerechte Gesetzeslücke schliessen könnte, nehmen sie Abstand. Sie sagen, Mittel für ein flexibles Rentenalter seien keine vorhanden. Kurz: Die bürgerliche Mehrheit setzt sich für eine Privilegiierung der Privilegierten ein.

2. Nachhaltigkeit: ein oft erwähntes Themenfeld und breit diskutiertes Anliegen im neuen Bericht des Bundesrates zu den Zielen 2002. Engagement und entsprechende Mittel suchen wir dann aber doch fast vergeblich. Die Grünen setzen sich für die Nachhaltigkeit ein, und das nicht nur als Lippenbekenntnis.

Wir bitten den Bundesrat, im Bereich der nachhaltigen Entwicklung den Versprechungen Taten folgen zu lassen. Stras-



senbau und Panzerkäufe, Mittel für die Verbilligung von Flugbillets und die Expo sind nachhaltig falsch eingesetzte Gelder. Wir setzen auf die konsequente Umsetzung der Ziele der Nachhaltigkeit. Deshalb werden sich die Grünen auch nach dem gestrigen grauen Abstimmungstag für Lenkungsabgaben auf Energie einsetzen.

3. Schuldenlast und Handlungsspielräume: Die hohen Ausgaben für Schuldzinsen müssen in wirtschaftlich guten Zeiten abgebaut werden.

Das ist der wichtigste Grund dafür, warum die Steuern für die Schuldentlastung eingesetzt werden müssen und nicht jetzt Steuergeschenke in an sich unsicheren Zeiten versprochen und realisiert werden sollen. Aber wir sind hier nicht im Gleichschritt mit der SVP. Wir wollen den Staat nicht abmängeln. Wir sind überzeugt, dass dieses Parlament daran denken muss, dass neue Aufgaben im Sinne der Innovation, im Dienste der Zukunftsfähigkeit dieses Landes angepackt werden sollen. Gerade auch da sehen wir Grüne Handlungsbedarf, z. B. bei der innovativen Technologie für die sparsame Nutzung von Energie. Das wäre ein Ansatz im Hinblick auf nachhaltige Arbeitsplätze. Dazu gehört auch der Antrag von Herrn Mariétan für die einheimischen Energieträger. Zusammenfassend stellen wir Grüne fest, dass sowohl im Finanzplan wie im Budget die Schwerpunkte politisch und finanziell falsch gesetzt sind.

Wir lehnen deshalb Budget und Finanzplan ab.

Fässler Hildegard (S, SG): «Alle Jahre wieder, jedes Jahr ärger, in Zukunft sachpolitischer», so könnte eine Trilogie zur heutigen Budgetdebatte heißen.

«Alle Jahre wieder», im Advent, kommt neben Sankt Nikolaus mit seiner Rute auch Kaspar – Kaspar Villiger – mit dem Budget. Genau so, wie die überlieferten «Chlausprüchli», ertönen die Voten des Finanzministers und der Fraktionsredner. Der Finanzchef warnt in schwarzen Tönen vor roten Zahlen. Die Bürgerlichen verbreiten ihren Glauben an tiefe Quoten: Steuerquote, Finanzquote, Steigerungsquote der Einnahmen und der Ausgaben. Wir von der SP-Fraktion beharren weiterhin darauf, dass der Staat seine Aufgaben zu erfüllen hat, dass er dafür das nötige Geld braucht und dass mit der Beschränkung auf die so genannte Selbstverantwortung der Bürgerin und des Bürgers der Gedanke der Solidarität verraten und der innere Zusammenhalt unserer Nation durch Vereinzelung gefährdet wird.

Als «jedes Jahr ärger» empfinde ich die Arbeit in der Finanzkommission. Ungezielte Sparübungen mit selbst vorgegebenen Sparzielen pro Departement, im Sinne von: Wer verlangt mehr – «oder dörf's e bitzli meh Isparig si?» – 250, 500, 700, 1200 Millionen Franken? Das zeugt von einem Misstrauen gegenüber der Verwaltung, welches sich auch dieses Jahr bei den Detailberatungen in den Subkommissionen als nicht gerechtfertigt erwies. Die Ämter legen heute keine budgetäre Fettschicht mehr an, welche z. B. eine prozentuale Kürzung erlauben würde. Dafür sorgt ein neues Selbstverständnis in der Verwaltung, vor allem aber auch der Finanzchef selbst mit seinem Druck auf die Departemente. Wer also behauptet, beim Budget liege überall noch etwas drin – wie das in der Finanzkommission getan wurde –, kann dies wohl nur aus dem eigenen Verhalten herleiten. Wer nicht aus politischer Überzeugung konkrete Staatsleistungen kürzen will, sondern einfach sagt, es muss gespart werden, es ist mir egal wo, schürt das Misstrauen gegenüber dem Staat und muss sich nicht wundern, wenn dieses Misstrauen auf uns Politiker und Politikerinnen zurückfällt.

Wer wie die SVP öffentlich mit einem imposanten Sparpaketpapier daherkommt, muss dann aber auch den Mut haben, diese Anträge in der Finanzkommission und im Rat zu stellen und sie so der parlamentarischen Ausmarchung auszusetzen, auch wenn das mal die eigene Klientel treffen könnte – Stichwort Bundesgestüt – oder eine hochprozentige Abfuhr ergeben könnte – Stichwort IV. Allein im Bereich des EVD sind 19 Anträge auf der Liste der SVP; keiner davon ist gestellt worden.

«In Zukunft sachpolitischer»: Seit gestern haben wir nun eine Schuldenbremse in der Verfassung. Das Gesetz dazu

liegt bereit und wird über kurz oder lang in Kraft treten. Ausgabenüberschüsse werden nur noch in Ausnahmesituatien und in gewissem Ausmass in konjunkturell schwachen Jahren möglich sein. Ich erwarte daher zukünftig von der Finanzkommission, aber auch vom Parlament im Gesamten eine sachpolitische, unideologische Budgetdiskussion: kein Gezänke um Quotenpromille, keine «Rasenmäher-Sparankündigungen», sondern eine zukunftsgerichtete, nachhaltige, politisch ausdiskutierte Finanzpolitik. Das bedeutet Entscheide zur Frage: Welche Ziele wollen wir erreichen? Ist der dafür eingesetzte Betrag im Budget und im Finanzplan richtig?

Es gilt also, die Wirkung der ausgegebenen Mittel zu überprüfen und nicht, ob ein Budgetposten im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich gewachsen ist. Ein solches Wachstum kann durchaus gewollt sein, weil diskutiert und mehrheitlich beschlossen. Ebenso bedeutet die Verkleinerung eines Budgetpostens gegenüber früheren Jahren nicht einfach einen Solidaritätsbeitrag an gesunde Finanzen, sondern es muss bedeuten, dass die erwünschte Wirkung auch mit weniger Geld erreicht werden kann.

In diesem Zusammenhang sind Durchschnitte und Quoten höchstens Leuchtfeuer, aber keine fixen Leitplanken. Die Fragen der Zukunft werden sich vor allem auf den Finanzplan richten müssen. Bisher wurde diese Arbeit von uns zu wenig geleistet. Es kann nicht oder nicht mehr Aufgabe der Finanzkommission sein, die Beträge irgendeines Kontos um 100 000 Franken zu verändern. Es geht darum, auf mindestens drei Jahre hinaus Schwerpunkte zu legen, Rahmen abzustecken, Prioritäten zu fixieren. Die Budgetdebatte sollte sich insbesondere auch in der Finanzkommission darum drehen, ob dieser Rahmen eingehalten wird. Ebenso kann es nötig sein, diesen Rahmen zu verändern. Es nützt aber nichts, einen undiskutierten Finanzplan zu genehmigen, ihn jedoch bei jeder Gelegenheit zu überschreiten und damit wieder als unwichtig zu werten.

Noch ein Wort zum Minderheitsantrag Zuppiger bezüglich der Lohnmassnahmen: Auch hier drücken sich Misstrauen und eine fehlende Wertschätzung der Tätigkeit der Verwaltung aus. Dass dieser Antrag von Direktzahlungsbezügern mitunterzeichnet ist, finde ich ziemlich stossend, vor allem wenn ich bedenke, dass von den obersten Landwirtschaftsvertretern für die neue Finanzplanperiode eine Aufstockung des Landwirtschaftsbudgets gefordert wird.

Ganz kurz noch zu den Rückweisungsanträgen: Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion ist eine reine Zwängerei und schlechter Stil, was wir ablehnen. Wer in den Kommissionen und im Rat keine Anträge stellt, muss hinterher nicht behaupten, wir sollten hier irgendwie versuchen, doch noch 800 Millionen Franken einzusparen. Wer Anträge hat, soll sie am richtigen Ort stellen; diese Chance ist verpasst worden.

Zum Rückweisungsantrag von Herrn Rechsteiner-Basel wird es bei uns vermutlich ein paar Sympathiestimmen geben, aber wir sind selbstverständlich für Zustimmung zum Budget.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Le débat budgétaire est, dit-on, l'un des actes politiques les plus importants d'un parlement. Désormais, il perdra un peu de cette importance à l'avenir, puisqu'une formule mathématique remplacera une bonne partie de nos préoccupations. Mais ça, c'est un autre débat qui vient d'avoir eu lieu et qui a été tranché avec la clarté que nous avons vue ce week-end. Pourtant, ce choix politique fort que doit être un débat budgétaire à tendance, dans notre pays, à se résumer à quelques éléments très sommaires. Il suffit pour les uns d'articuler le chiffre de la dette de la Confédération, plus de 100 milliards de francs, et puis alors on en vient très vite à la seule conclusion possible: «Comment faire pour réduire cette dette ou éviter qu'elle augmente?» Et alors, on a l'impression que le but du Parlement, du Conseil fédéral, c'est de réduire la dépense publique. Dès que ce sera fait, on se dépêchera d'ailleurs de réduire les impôts pour que l'exercice continue à l'infini.

Pourtant, les problèmes réels de ce pays, les problèmes économiques, les problèmes sociaux, appellent de notre part des réponses que nous pouvons donner par notre travail législatif, mais aussi par le travail budgétaire, par la politique budgétaire que nous voulons mener. Sur la dette, nous pouvons également nous donner quelques éléments qui peuvent nous rassurer. Nous savons maintenant quelles sont les 300 personnes les plus riches qui habitent en Suisse. Eh bien, nous pouvons constater, par exemple, qu'il suffirait de prendre la fortune des dix personnes les plus riches qui habitent en Suisse pour arriver déjà à davantage que la dette publique que la Confédération a contractée; et encore là, je ne parle que de la dette brute et pas de la dette nette. Si dix personnes ont une fortune équivalente à l'endettement de toute la Confédération, alors soit elles ont décidément une fortune incommensurable, soit notre dette n'est finalement pas si importante. Plus sérieusement, il y a un autre indicateur qui peut nous donner quelques motifs propres à nous rassurer. La part des intérêts passifs dans les dépenses de la Confédération baissera l'an prochain de 8 pour cent à 7,7 pour cent, et nous sommes largement en dessous de la limite des 10 pour cent qui est considérée, en finances publiques, comme la limite à ne pas dépasser.

Mais il ne s'agit pas ici non plus d'inventer un débat entre une partie de cet hémicycle qui serait pour la dette et pour les dépenses, et une autre partie qui serait contre la dette et contre les dépenses. Quand nous parlons besoins sociaux, nous sommes pour des dépenses; quand vous parlez réductions d'impôts, surtout quand elles concernent les personnes les plus à l'aise dans ce pays, nous sommes au contraire soucieux des finances publiques, bien davantage que la droite.

Le pays va vivre ces prochains mois un certain nombre de problèmes. La croissance nous donne un certain nombre de soucis; elle n'est pas extrêmement vigoureuse dans notre pays. On l'a évaluée à 2 pour cent pour cette année, elle pourrait descendre à 1,5 pour cent, et peut-être encore ces perspectives sont-elles optimistes pour l'an prochain. Et un point de croissance en moins, c'est 500 millions de francs de recettes en moins, donc des difficultés budgétaires. C'est pourquoi nous devons nous poser la question: comment faisons-nous, par notre politique budgétaire, pour permettre – ça n'est pas le seul élément, mais c'est un élément qui peut avoir un rôle – à cette croissance d'être soutenue et au contraire, pour ne pas accroître les difficultés conjoncturelles que nous pourrons vivre?

Pour cela, il nous faut donc avoir une marge de manœuvre, gérer rigoureusement nos dépenses, peut-être éviter de claquer 900 millions de francs dans des dépenses d'armement inutiles, puisque vous savez que nous produisons des munitions, que nous les entreposons, et qu'en général, 20 ans plus tard, nous les détruisons sans heureusement les utiliser pour ce à quoi elles sont destinées, mais pour les passer à des usines de destruction de munitions. Cela par exemple, c'est probablement une dépense que nous pourrions encore de beaucoup alléger pour investir dans d'autres secteurs qui sont extrêmement importants. J'en citerai quelques-uns:

Je note que pour la formation professionnelle, l'an prochain, l'évolution est de plus 0,8 pour cent; ce qui signifie que notre effort pour la formation professionnelle en termes réels va baisser, puisque 0,8 pour cent, c'est en dessous de la croissance et probablement de l'évolution du coût de la vie. On verra encore comment ce sera l'an prochain; pour l'instant c'est relativement faible. Nous serons en dessous de la croissance pour ce que nous prévoyons de dépenser pour la formation professionnelle; pour toutes les dépenses de formation également; pour tous les réseaux d'infrastructure qui méritent d'être rénovés, notamment les réseaux d'infrastructure dans le domaine des télécommunications.

Il y aurait lieu là de faire un programme d'impulsion, qui pourrait permettre de réorienter l'activité économique vers des secteurs productifs, des secteurs d'avenir. C'est dans ce sens-là qu'il faudrait mener une politique budgétaire. Malheureusement, nous avons des débats de politique budgétaire qui sont trop orientés purement et simplement sur des

débats d'épicier, sur des débats tels que M. Mugny les a décrits tout à l'heure. Il y aurait lieu d'être parfois plus prospectifs.

Je vais m'arrêter là, en vous recommandant d'entrer en matière; et puis, nous argumenterons sur quelques amendements spécifiques, tout à l'heure, qui permettront d'améliorer un tant soit peu ce budget qui, pour l'instant, ne nous paraît pas repoussant, mais qui nous paraît encore loin d'être aussi engageant qu'il devrait l'être, vu la situation.

Steiner Rudolf (R, SO): Zum Budget: Für die FDP-Fraktion bitte ich Sie vorweg, die Anträge der Mehrheit der Finanzkommission zu unterstützen, die gegenüber dem Entwurf des Bundesrates Einsparungen von 287 Millionen Franken gebracht haben. Das ist bescheiden, liegt aber immerhin über dem Sparziel der Kommission von 250 Millionen Franken. Dieser bescheidene Sparerfolg ist auch unter dem Aspekt zu würdigen, dass rund 60 Prozent der Bundesausgaben gesetzlich und 20 Prozent faktisch vertraglich gebunden sind, somit also nur über 20 Prozent der Ausgaben frei verfügt werden kann.

Trotzdem teile ich die im Ständerat zum Ausdruck gebrachte Resignation nicht. Wohl ist es richtig, dass politische Aspekte die einzelnen Ausgabenposten bestimmen, dass Sach- und Finanzpolitik schlecht aufeinander abgestimmt sind und dass Finanzen und Legislaturziele besser koordiniert werden müssen. Es ist jedoch falsch, deswegen nur die Faust im Sack zu machen und zu hoffen, dass in einem der einstigen neuen Parlamentsgesetz Finanz- und Sachpolitik mit neuen Instrumenten verknüpft werden. Wir müssen mit denjenigen Instrumenten leben und arbeiten, die uns heute zur Verfügung stehen, und wenn diese Instrumente auch nur beschränkte Möglichkeiten geben, können eben doch gewisse Einsparungen erzielt werden.

Die FDP-Fraktion verhehlt aber nicht, dass auch dieses von der Finanzkommission reduzierte Budget unbefriedigend ist. Selbst ohne Swissair-Kosten führt es zu einem Ausgabenwachstum von 2,8 Prozent bei einem Wirtschaftswachstum von bestenfalls 1,5 bis 1,7 Prozent. Herr Bundesrat Villiger wird allenfalls darauf hinweisen, dass die Zuwachsrate um 1 Prozent tiefer läge, wenn unter der Rubrik Finanzen und Steuern die Anteile Dritter ausgeklammert würden. Ich bin mir dessen sehr wohl bewusst, meine aber, dass die Anteile Dritter eben eine Tatsache sind und dementsprechend mit berücksichtigt werden müssen.

Wir, das Parlament, müssen uns auch darüber Rechenschaft geben, dass sich bei einem noch tieferen Wirtschaftswachstum die Staats- und Fiskalquote weiter erhöhen wird und dass die Ausgaben um 1 Milliarde Franken gesenkt werden müssen, wenn das Instrument der Schuldenbremse bereits Anwendung gefunden hätte.

Eine Rückweisung mit dem Ziel, 800 Millionen Franken einzusparen, ist aber schlachtweg unrealistisch. Vorerst müssen Änderungen an Gesetzen vorgenommen werden, welche die Bindung gewisser Bundesausgaben aufheben oder zumindest lockern.

Die FDP-Fraktion rechnet gerne damit, dass diejenigen, die heute Reduktionen um 800 Millionen Franken fordern und nicht sagen wo – auch in der Kommission nicht gesagt haben wo –, aber auch diejenigen, die lieber auf höhere Einnahmen setzen statt auf tiefere Ausgaben, bei den anstehenden Gesetzesarbeiten und möglichen Sanierungsprogrammen mitwirken werden.

Lieber Kollege Zuppiger, es ist leicht, über eine mit 42 Millionen Franken ausgewiesene Investition für ein Medienzentrum zu lamentieren, aber für mich umso widersprüchlicher, die ebenfalls heute behandelte Motion Joder mit ungewisser, aber mehrfach höherer Kostenfolge für Bund, Kantone und Gemeinden zu unterstützen. Wo waren Sie z. B. mit Ihrem finanzpolitischen Gewissen, als vor nicht allzu langer Zeit einer Ihrer jugendlichen Fraktionskollegen den Lothar-Kredit massiv aufgestockt hat?

Zum Finanzplan: Der vorliegende Finanzplan 2003–2005 befriedigt nicht. Die Zunahme der Ausgaben um 6,6 Milliar-



den Franken – bzw. 4,1 Prozent pro Jahr bei einem zugrunde gelegten, heute wohl wesentlich nach unten zu korrigierenden Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent – ist bedenklich. Dabei sind die sich aus überwiesenen Vorstösse ergebenden Mehrbelastungen von 4 Milliarden Franken noch nicht einmal berücksichtigt. Die FDP-Fraktion nimmt von diesem Finanzplan Kenntnis. Sie unterstützt aber mit Nachdruck die Motion der Finanzkommission, mit der verlangt wird, dass die Ausgaben pro Planjahr nicht mehr als 3,3 Prozent wachsen dürfen, und zwar inklusive 1,5 Prozent Ausgabenwachstum, die durch die demographische Entwicklung von AHV und IV bedingt sind. Die FDP ist sich der Konsequenzen bewusst und mit Verweis auf das heute ausgeteilte Pressecommuniqué auch bereit, die nötigen Gesetzesrevisionen und nötigenfalls ein Stabilisierungsprogramm mit an die Hand zu nehmen und zu unterstützen.

Wir bitten Sie, Budget und Finanzplan gutzuheissen.

Bührer Gerold (R, SH): Als unser Finanzminister vor rund einem Jahr auf die strukturelle Überlastung des Haushaltes hinwies, wurde er noch zum Berufspessimisten in Sachen Bundesfinanzen gestempelt. Leider müssen wir nicht erst heute erkennen, dass Herr Bundesrat Villiger seinerzeit – trotz der damaligen Euphorie mit Blick auf den Überschuss der Rechnung 2000 – rascher, als es wahrscheinlich die meisten erwartet haben, Recht haben sollte. Wenn wir die Zahlen des Budgets anschauen, sehen wir eine Ausgabensteigerung von über 3 Prozent. Wenn wir die Zahlen des Finanzplanes bis 2005 betrachten und jene Werte nehmen, die realistisch sind, dürfte sich im Finanzplan eine Ausgabensteigerung von rund 5 Prozent ergeben. Die mahnenden Bemerkungen des Finanzministers bleiben mehr als berechtigt.

Vergessen wir nicht, wenn wir die Zahlen des Budgets und des Finanzplanes betrachten, dass die Werte auf einem geradezu idealen wirtschaftlichen Datenkranz mit tiefer Teuerung, tiefen Zinsen und einem Wachstum von über 3 Prozent basieren. Wir wissen alle, ohne ökonomische Pessimisten zu sein, dass dieser ideale Datenkranz zumindest in der vorhersehbaren Zukunft des Jahres 2002, wahrscheinlich auch mit Blick auf 2003, nicht eintreten wird. Wir müssen uns darauf einrichten, dass das Wirtschaftswachstum so nicht in Erfüllung gehen wird. Das hat bekanntlich Auswirkungen auf der Seite der Einnahmen. Sie kennen den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen, und auch die Effekte auf der Ausgabenseite.

Ich muss gestehen, dass wir in der Finanzkommission die Zauberlehrlinge nicht gefunden haben, um diese Problematik kurzfristig zu entschärfen. Wenn wir die Rückweisungsanträge ablehnen, dann nicht, weil wir uns keine Sorgen über diese Situation machen, sondern weil wir der Auffassung sind, dass wir diese Problematik auf dem Budgetweg nicht lösen können. Wir wollen aber diese Entwicklung nicht so weiterlaufen lassen. Wir sind der Meinung, vor allem mit Blick auf das Abstimmungsergebnis vom vergangenen Wochenende, dass wir keine andere Wahl haben, als Hand anzulegen.

Daher sind wir der Auffassung, dass die Motion der Finanzkommission zur Glättung des Ausgabenwachstums im Finanzplan angenommen werden muss.

Lassen Sie mich dazu zwei Dinge deutlich sagen: Wir wollen nicht einfach diese Motion verabschieden, um das Gewissen zu beruhigen und nichts mehr tun zu müssen. Das wäre eine Problemverschiebung in die Zukunft, und ich verstehe den Bundesrat, wenn er das ablehnen würde. Wenn unsere Fraktion Ja sagt zu dieser Motion, sind wir uns darüber im Klaren, dass wir ein Sanierungspaket an die Hand nehmen müssen. Das ist die Realität. Ich war etwas erstaunt, dass am Schluss der Pressemitteilung des Bundesrates, die heute verteilt worden ist, die Aussage stand, es bestehe kein Bedarf für ein solches Paket.

Unseres Erachtens ist die Lage klar. Wir können dieser Entwicklung nicht weiter freien Lauf lassen. Wir müssen Vorbereitungen auf Gesetzesstufe in Angriff nehmen, um diese unheilvolle Ausgabenentwicklung im Sinne des «runden Ti-

sches» von 1997 wieder in den Griff zu bekommen. Das ist der Auftrag, der uns an diesem Sonntag von 85 Prozent der Stimmenden unmissverständlich gegeben worden ist. Wir lehnen alles andere – sprich: ein Leisetreten an der Steuerfront oder ein Anziehen der Steuerschraube nach oben – entschieden ab. Das wäre eine Missdeutung sondergleichen dieses zweimaligen Auftrages von Volk und Ständen: nach dem Haushaltziel jetzt dieser Auftrag bei der Schuldenbremse.

Wir haben auch kein Verständnis dafür, dass dieses Steuerpaket von bundespräsidialer Seite einem Ladendiebstahl gleichgesetzt wurde. Die internationale Lage zeigt deutlich, dass man mit einem Drehen an der Steuerschraube öffentliche Finanzen noch nie saniert hat. Ich hoffe, dass diese Erkenntnis auch aus bundespräsidialer Warte endlich als Tatsache entgegengenommen wird.

Wir stimmen für Eintreten und lehnen die Rückweisungsanträge ab, doch nicht weil wir mit dem Budget glücklich sind; wir empfehlen Ihnen aber eindringlich, der Motion 01.3678 der Finanzkommission für ein niedriges Ausgabenwachstum beim Finanzplan zuzustimmen. Wir, Herr Bundesrat, sind für eine nächste Übung bereit. Wir steigen lieber frühzeitig als zu spät in diese Arbeit ein. Das erachten wir als unsere Verpflichtung, insbesondere seit dem vergangenen Wochenende.

Weyeneth Hermann (V, BE): Es ist allgemein nicht üblich, dass man hier aus Kommissions- und Subkommissionssitzungen Einzelheiten bekannt gibt, zumal ja auch auf den Protokollen «vertraulich» steht. Frau Fässler ist davon abgewichen; das ist ihr Problem, nicht meines. Mein Problem ist es, wenn sie Sachen sagt, die nicht wahr sind.

Ich verstehe natürlich dieses Aufbegehren heute, nachdem man vorgestern einen derartigen «Nagel» eingefahren hat und nicht einmal die Hälfte der Wählerschaft von der eigenen Meinung überzeugen konnte. Aber wenn hier gesagt wird, man habe von der SVP aus keinen einzigen Antrag gestellt, dann erinnere ich Sie – und jetzt werde ich auch sehr genau und nehme Bezug auf dieses Protokoll –: Ich habe einen Antrag gestellt zur Information über den Unternehmensstandort Schweiz, und der wurde sogar in der Kommission behandelt, nicht nur in der Subkommission; ich habe einen Antrag gestellt zu Tourismus Schweiz, diese Hotelberatung für 2,9 Millionen Franken einzustellen, das war ebenfalls Gegenstand der Beratung in der ganzen Kommission; wir haben beschlossen, die Fragen der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten, von Entschuldungen und Finanzhilfegeschenken zum Thema der nächsten Informationssitzung der Subkommission zu machen; über das forstwirtschaftliche Bildungswesen wurde ein entsprechender Antrag gestellt – ich könnte Ihnen noch mehr sagen. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass ich nicht die Absicht habe, solche Äusserungen, die da irgendwie aus dem hohen Bauch heraus gemacht werden, zu akzeptieren.

Eggy Jacques-Simon (L, GE): Je suis pas ici la voix de son maître, mais la voix de M. Beck qui avait préparé cette intervention au nom du groupe libéral et qui a dû s'absenter. Voici donc les réflexions du groupe libéral sur ce projet de budget. En préambule, il convient de relever que le quasi-plébiscite accordé hier au frein à l'endettement témoigne de la volonté de nos concitoyens de voir l'équilibre des finances maîtrisé dans une vision à long terme de l'Etat et de sa capacité d'action. Plus de 85 pour cent des citoyens qui se sont exprimés souhaitent que l'endettement de la Confédération soit stabilisé et que celle-ci développe, par le mécanisme mis en place, une politique anticyclique qui devrait être la règle d'or de toutes nos collectivités publiques.

Dans cet esprit, le budget que nous examinons doit s'inscrire dans la perspective du plan financier 2003–2005. Celui-ci n'a, pour des raisons de calendrier, puisqu'il a été adopté le 28 septembre 2001, pas intégré dans leur pleine mesure les conséquences prévisibles sur la croissance des tragiques événements que nous connaissons. Sans tenir compte de ces pressions sur la croissance au niveau natio-

nal comme au plan mondial, le plan financier sur quatre ans met clairement en évidence la poursuite, d'une part, d'une augmentation des charges de l'ordre de 4,1 pour cent – nettement supérieure à la croissance économique escomptée, elle, de 3,3 pour cent – et, d'autre part, des recettes en croissance de 4,4 pour cent dues en partie aux augmentations fiscales préalablement décidées.

Après interprétation des perspectives non inscrites dans le plan financier, mais qui seront probablement retenues par ce Parlement, et dont les conséquences prévisibles pourraient atteindre en 2005 1,6 milliard de francs de dépenses supplémentaires et 1,2 milliard de francs de diminution des recettes, la situation démontre clairement, avec des possibilités de déficit variant entre 2 et 3 milliards de francs, la nécessité de conduire une politique budgétaire stricte. Il est d'ailleurs frappant de constater, en page 15 du message sur le plan financier, le poids global du redressement des caisses de pensions – qui nous ont coûté très cher – qui dépendent de la Confédération.

Le manque de rigueur financière à cet égard au cours des deux dernières décennies, qui a vu le gouvernement, le Parlement et les conseils des institutions de prévoyance concernées creuser un découvert global de prêt de 16 milliards de francs, va peser de tout son poids sur les finances fédérales, au cours de la décennie à venir.

Voilà une situation que l'on a eu tendance à oublier lors de l'affaire Swissair et qui, si j'ose dire, pourrait presque reléguer l'affaire Swissair au plan des péripéties, tant cette affaire très grave des caisses de pensions a pesé sur les finances fédérales. Un examen objectif du budget 2002 doit donc nous préserver de l'euphorie et dissuader les Chambres fédérales de l'emballer, tant dans le domaine des baisses d'impôt que dans celui de l'accroissement des charges. Les dépenses au titre de la prévoyance sociale représentent plus de 25 pour cent des charges de la Confédération et le plan financier prévoit le passage de ces charges, entre 2002 et 2005, de 12,7 à 14,4 milliards de francs. De plus, les dépenses supplémentaires possibles, selon les demandes parlementaires déposées, pourraient entraîner des dépenses de prévoyance sociale encore supérieures. Les libéraux, tout en étant attachés à la solidarité sociale, estiment que dans ce domaine, les limites sont très probablement atteintes.

Le domaine de la formation et de la recherche devrait, lui aussi, connaître une croissance des dépenses sensible dans l'espace du plan financier. Les libéraux sont absolument conscients que les dépenses en matière de recherche et de formation sont des dépenses qui préparent l'avenir.

Le groupe libéral appelle le Conseil fédéral à davantage de cohérence dans la gestion financière et dans celle de la trésorerie. Il est indispensable que les recettes affectées légalement à un domaine particulier soient engagées dans ce domaine particulier, et que l'on n'ait pas cette sorte d'affectation surprise de sommes excédentaires pour boucher des trous ailleurs. Le fonds spécial pour la circulation routière par exemple, Monsieur Villiger, ce fonds spécial qui approchera les 4 milliards de francs à fin 2002, illustre parfaitement ce manque de rigueur financière. Les automobilistes ont déjà payé la deuxième galerie du tunnel routier du Saint-Gothard, largement! Et jusqu'à quand les besoins de trésorerie de la Confédération confisqueront-ils les sommes qui ont été versées par les automobilistes pour ces tâches routières?

En conclusion, le groupe libéral acceptera le budget 2002, pour l'essentiel tel que présenté par le gouvernement. Il rejette la quasi-totalité, mais peut-être pas toutes, des propositions visant à augmenter les dépenses et il examinera également le plan financier dans les perspectives dites ci-dessus.

La débâcle de Swissair a montré ce que pouvait être une mauvaise gestion dans la durée, nous voulons que le char de l'Etat – si je puis dire – puisse rouler sans encombre, certes sans s'envoler dans les stratosphères, mais sans glisser non plus dans les ornières d'où il serait très difficile de le retirer. C'est la raison pour laquelle nous prêchons la rigueur et des priorités intelligentes, qui soient porteuses d'avenir.

Studer Heiner (E, AG): Wir haben jetzt von der Frau Präsidentin ein wundervolles Beispiel gehört, wie man auch sparen kann: indem man nämlich den Vornamen in den Familiennamen integriert und diesen dann kürzt. Ich versuche es auch kurz zu machen, weil ein SVP-Kollege mir soeben ins Ohr geflüstert hat, dass hier die Lichter um 22 Uhr ausgehen würden. Ich versuche, bis 22 Uhr fertig zu sein. Ich habe dann zumindest den Vorteil, auch frei in der Dunkelheit sprechen zu können, weil ich keine Notizen vor mir liegen habe. Es wäre dann die Aufgabe unseres Finanzministers, nach dem Anzünden einiger grosser Kerzen doch wenigstens ein klein wenig Licht in die Dunkelheit dieser Budgetberatungen zu bringen.

Nun aber zum Inhalt: Unsere Fraktion ist für Eintreten auf dieses Budget. Sie lehnt die Rückweisungsanträge ab, insbesondere auch deshalb, weil der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion – immerhin der stärksten Fraktion im Nationalrat – nicht vollziehbar wäre, auch wenn er angenommen würde. In diesem Ausmass, wie er begründet worden ist, wäre das nicht machbar. Ich meine, wir wollen in diesem Saal doch immer noch etwas Realisierbares tun – oder sollten es zumindest tun.

Unsere Fraktion ist außerdem aber auch der Meinung, dass Finanzpolitik immer auch etwas Differenziertes sein sollte. Ich habe eine Seite aus der Vorlage bei mir, die wir am 16. November 2001 hier behandelt haben und die von unserer Fraktion nicht allzu gnädig aufgenommen wurde. Diese Seite war ausgezeichnet formuliert, allerdings haben sie die meisten wahrscheinlich vergessen – zumindest habe ich aufgrund der Debatte diesen Eindruck erhalten. Dort wird nämlich vom Finanzminister zusammengefasst, was zu tun ist, um die Finanzen weiterhin im Griff behalten zu können bzw. sie wieder in den Griff zu bekommen. Wenn wir die dort enthaltenen wesentlichen Punkte beherzigen, würden wir das erreichen. Einmal heißt es dort, dass wir das grosse Steuerpaket, wie es eben hier schon im ersten Schritt eingefahren worden ist, so nicht realisieren dürfen, wenn wir das erreichen wollen. Es muss dort wesentlich zurückbuchtstäbliert werden, denn sonst können wir den Finanzhaushalt nicht nur teilweise nicht sanieren. Es steht aber auch, dass wir bei den Ausgaben Disziplin üben sollten und bei dem, was wir weiter ausgeben, sorgfältig sein sollten. Darin gehen wir auch einig mit dem Finanzminister, nur mit dem kleinen Unterschied, dass wir die Nuancen eben etwas anders sehen. Wir möchten doch mindestens noch das vollziehen können, was Kollege Walker gesagt hat. Er hat gesagt, wir seien nur noch ein «Kosmetiksalon». Aber wenigstens – wenigstens! – können wir noch etwas Kosmetik betreiben! Wir müssen nicht nur einfach zum Budget sprechen, ohne etwas verändern zu können, und können dem Budget mit diesen Kosmetika etwas mehr Gesicht und Farbe geben.

In jenem Dokument steht auf der genannten Seite aber z. B. auch, dass man bei den zusätzlichen Mehrwertsteuerprozenten dem Bund seinen Teil geben könnte. In diesem Punkt, muss ich sagen, hat der Finanzminister Recht. Es sind eine ganze Reihe konkreter Punkte, bei denen wir die Grundlage des Finanzdepartementes ernst nehmen und darauf aufbauen können. So gesehen erachten wir diesen Vorschlag als realistisch, und es soll nun unsere Aufgabe sein, wenn wir darauf eintreten, ihn so zu beraten, dass wir nachher auch zu ihm stehen können.

Ich möchte Ihnen aber auch schon ankündigen, dass wir die Motion zum Finanzplan als Motion nicht unterstützen können. Wir sind so oder so der Meinung, der Finanzplan sei in erster Linie ein Exekutivinstrument, das diese zu genehmigen hat. Wir äussern uns dazu, nehmen davon Kenntnis, aber wir sind der Meinung, dass die Motion zu einschränkend ist. Wir sind aber bereit mitzuhelpen, die Finanzpolitik auch auf sachliche Bahnen zu bringen.

Das Letzte, was ich sagen möchte, was uns wichtig ist und wofür wir gerade heute und schon am letzten Donnerstag ein Beispiel bekommen haben, dass wir es zu wenig anwenden, ist, dass wir die Aufgaben und die Ausgaben wieder viel sauberer auf Bund, Kantone und Gemeinden aufteilen und



dass wir eben nicht, wie bei der Vorlage «Schulen ans Netz», wieder in diesem Ausmass bei einer Aufgabe, welch eine kantonale und kommunale Aufgabe ist, Bundesmittel einsetzen und dafür umgekehrt in anderen Bereichen Klärung schaffen müssen.

Zusammengefasst: Wir treten auf den Voranschlag ein und sind gespannt auf die Einzelheiten der Detailberatung.

Widrig Hans Werner (C, SG), für die Kommission: Nur zwei Bemerkungen zu den beiden Rückweisungsanträgen: Der Antrag Rechsteiner-Basel betrifft das VBS. Es ist sicher ein wichtiges Thema, das auch finanzielle Konsequenzen hat, aber diese Frage müssen wir hier im Rahmen von «Armee XXI» behandeln. Auch die Frage der Atomenergie kann nicht mit einem Rückweisungsantrag geklärt werden.

Zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion zweierlei: Erstens hat die Finanzkommission das bundesrätliche Budget um 280 Millionen Franken heruntergeschraubt, und zweitens finden wir es besser, die Haushaltssanierung mittelfristig über den Finanzplan zu steuern, der mit dem neuen Rechnungsmodell eine stärkere Bedeutung bekommen wird, und zwar im Einklang mit der Schuldenbremse, die am vergangenen Sonntag vom Stimmvolk angenommen worden ist. Wenn diese bereits jetzt in Kraft wäre, hätten wir das Budget 2002 um 1,2 Milliarden Franken reduzieren müssen. Ich nehme an, dass die Schuldenbremse am 1. Januar 2003 in Kraft treten wird. Ich bin, wie Kollege Bührer, der Überzeugung, dass wir hier mit Sanierungspaketen à la «runder Tisch» bald Ehrenrunden drehen müssen.

Wir haben die Rückweisungsanträge in der Kommission nicht behandelt, sie lagen ihr nicht vor. Ich kann deshalb nicht im Namen der Kommission sprechen. Persönlich bin ich überzeugt, dass die Rückweisungsanträge ihre unterschiedlichen Zielsetzungen verfehlt, weshalb ich Sie bitte, die beiden Anträge abzulehnen.

Villiger Kaspar, Bundesrat: Ich bin froh, dass ich heute Abend noch reden darf; ich schlafe dann ruhiger und muss nicht alle Ihre Voten über Nacht noch verinnerlichen und formvollendet darauf replizieren. So will ich denn ein paar allgemeine Ausführungen machen und nachher auf einige der aufgeworfenen Fragen eingehen. Dass ich trotz der späten Stunde im Lichte der gestrigen Abstimmung noch relativ fröhlich bin, mögen Sie begreifen.

Zwei der wichtigsten Leitplanken der Finanzpolitik sind die Nachhaltigkeit und die Standortqualität. Nachhaltigkeit heisst Erhaltung des staatlichen Handlungsspielraumes – also nicht zu viele Zinsen, die alles «wegfressen» –, heisst Vertrauen in einen Werkplatz, einen soliden Finanzplatz, heisst Fairness gegenüber der nächsten Generation. Standortqualität bedeutet wachstumsfreundliche Steuersysteme und allgemein eine konkurrenzfähige Staatsquote. Ich glaube, an diesen beiden Leitplanken können und sollen wir dieses Budget messen.

Gestern hat das Volk, so meine ich, solche Leitplanken fast mit einem Donnerschlag – ich war selbst überrascht von den 85 Prozent Jastimmen – wuchtig bestätigt. Mit der Schuldenbremse können wir die Nachhaltigkeit sichern. Das Volk hat gestern auch ausgedrückt, dass es keine neuen Steuern will; das ist gut für die Standortqualität. Wenn Sie beides kombinieren, bedeutet das, dass das Volk von uns erwartet – ich glaube, dieser verwegene Schluss ist gestattet –, dass wir mit den Mitteln, die uns anvertraut werden, haushälterisch umgehen sollen.

Nun, Budget und Finanzplan sind Momentaufnahmen, die von gewissen Annahmen ausgehen. Budget und Finanzplan, so wie sie gedruckt vorliegen, sind im Lichte dieser Leitplanken gerade noch akzeptabel.

Die Staatsquote nimmt, unter Ausklammerung der demographiebedingten Mehrwertsteuereffekte für AHV/IV, tendenziell ab. Das entspricht dem Finanzleitbild. Das Ausgabenwachstum liegt im Budget mit 3,5 Prozent – ohne die Swissair-Ausnahme – etwa beim geschätzten BIP-Wachstum. Im Finanzplan liegen die 4,1 Prozent über dem BIP; das wurde hier erwähnt. Aber wir müssen den Effekt des Mehrwertsteu-

erprozentes ausklammern, und dann liegen wir erheblich unter dem BIP. Ich muss Herrn Steiner sagen, dass wir die Anteile Dritter natürlich ausnehmen müssen. Würden wir nämlich nicht brutto verbuchen, wäre es ganz klar: Wenn wir mehr einnehmen, müssen wir mehr ausgeben. Eigentlich ist es also vernünftig, das zu berücksichtigen. Das kann natürlich auch einmal einen umgekehrten Effekt haben.

So gesehen wäre das Ganze also akzeptabel. Wir haben schon beim Leitbild gesagt, dass es realpolitisch nicht möglich ist, die Staatsquote inklusive Demographieeffekte zu senken, weil Letztere naturgemäß einfach auf uns zukommen. Leider widerspiegeln aber Budget und Finanzplan die Lage in ungenügender Art und Weise; deshalb muss ich ein paar einschränkende Bemerkungen zu den Annahmen, den Einnahmen und den Ausgaben machen.

Zu den Annahmen: Für das reale BIP ist die Annahme mit 1,75 Prozent zu optimistisch. Andererseits haben wir bei der Teuerung mit 1,75 Prozent und bei den langfristigen Zinsen mit 4 Prozent eine zu optimistische Annahme getroffen. Herr Maillard hat zu Recht darauf hingewiesen: 1 Prozent BIP entspricht 500 Millionen Franken. Wenn wir aber die Annahmen bei den Zinsen und der Teuerung auch einbeziehen, stellen wir fest, dass das eine gewisse Gegenbewegung gibt, sodass die Wachstumsabnahmen zusammen mit den anderen Effekten das Ergebnis nicht allzu dramatisch beeinflussen sollten.

Zu den Einnahmen – hier vielleicht kurz zum laufenden Jahr –: Noch vor einigen Wochen gingen wir für das Jahr 2001 von einem sehr guten Ergebnis aus. Das hat sich aber gründlich geändert. Es gibt die ausserordentliche Ausgabe von 1,2 Milliarden Franken für das Engagement bei Swissair, welches das Ganze verschlechtert. Dieses Engagement ist aber einmalig. Mir macht die Verrechnungssteuer mehr Sorgen, die gemäss unseren jetzigen Hochrechnungen zwei Milliarden Franken unter dem Budget liegen wird.

Die anderen Steuern entwickeln sich einigermassen nach Plan. Die aktuellen Schätzungen für dieses Jahr muss ich aber immer noch mit Fragezeichen versehen, weil man das Ergebnis der Verrechnungssteuer wirklich erst am Silvesterabend kennt. Doch ich gehe davon aus, dass das Ergebnis etwa so bleiben wird. Deshalb werden wir das Haushaltziel sehr deutlich verfehlt. Gäbe es das Swissair-Engagement nicht, würden wir es einigermassen erreichen. Das eine ist doch nicht ganz so schlimm, das andere ist immerhin, wenn man so sagen will, ein Unglück – es ist es auch –, das überraschend kam. Trotzdem glauben wir, dass wir die Einnahmenschätzungen im Budget nicht korrigieren müssen, auch jene für die Verrechnungssteuer nicht. Hier büßen wir ein bisschen für das gloriose Ergebnis des Vorjahres, das wahrscheinlich auch einigen unter Ihnen zu rosige Vorstellungen der Möglichkeiten im Ausgabenbereich vorgespiegelt hat. Von Belang sind zwei andere Faktoren:

1. Wir sind bei den Einnahmenschätzungen von den bundesrätlichen Vorschlägen für die Steuerreformen ausgegangen. Sollte sich hier die nationalrätliche Lösung durchsetzen, würden sich die Finanzperspektiven signifikant verschlechtern. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich mich hier für das Masshalten einsetzen. Sollten Sie nämlich weiter gehen, dann gilt das Prinzip «Auge um Auge, Zahn um Zahn»: Jeden zusätzlichen Rappen für die Steuersenkung müssen Sie mit einer zusätzlichen Ausgabenkürzung kompensieren. Das macht die Steuersenkung nicht mehr gratis und macht sie vielleicht auch etwas schwieriger, weil Sie spätestens ein Vierteljahr später dann auch Farbe bekennen müssen.

2. Der Bund braucht seinen Demographieanteil am AHV-Mehrwertsteuerprozent, sonst wird er nicht in der Lage sein, die wachsenden Ausgaben, die ja wegen der Demographie naturgegeben auf ihn zukommen, zu finanzieren. Auch dafür werde ich mich im Ständerat einsetzen. Sonst müssen Sie einfach diese 400 Millionen Franken zusätzlich noch wegsparen. Die Rechnung kommt, auf welche Weise auch immer. Sie können bei der AHV ein Loch mit einem anderen Loch in der Bundeskasse stopfen. Aber das Bundeskassloch ist halt nicht mehr gratis.